

Wetzlar, 29.11.2006

NIEDERSCHRIFT

Gremium	Kreistag
Sitzung Nummer	12/2006-2011
Datum	22.10.2007
Sitzungsbeginn	17:05
Sitzungsende	21:45
Ort	Großer Sitzungssaal, Wetzlar

Teilnehmer/innen

Kreistagsvorsitzende

Müller, Elisabeth

Mitglied der CDU-Fraktion

Ahrens-Dietz, Heike

Bastian, Klaus

Beer, Alexander

Bender, Matthias

Budde, Heiko

Dr. Eckert, Peter

Dr. Figge, Kurt

Dr. Frey, Dirk

Fünfsinn, Anja

Hackbusch, Dietrich

Horne, Eberhard

Hund, Helmut

Hüsken, Wilfried

Irmer, Hans-Jürgen

Klier, Reinhard

Knöpp, Sascha

Kraemer, Rabea

Kreck, Matthias Gerhard

Dr. Lenzen, Jürgen

Löw, Franz-Ludwig

Müller, Hartmut

Müller, Jörg Michael

Petersen, Nicole

Dr. Preuschoff, Klaus-Jürgen

Reif, Clemens

Schönwetter, Tim

Dr. Silbe, Katja
Steinraths, Frank
Steinruck, Dieter
Würz, Elke

Mitglied der SPD-Fraktion

Aurand, Stephan
Bangert, Armin
Beimborn, Regina
Benner, Hans
Bergfeld, Heinz
Betz, Karin
Bökel, Gerhard
Dommert, Ulrich
Drill, Frank
Egler, Beatrix
Engel, Jürgen
Förster, Eckehard
Froneberg, Walter
Grüger, Stephan
Hartert, Holger
Hartmann, Anke
Harz-Bornwasser, Rüdiger
Hensgen, Christel
Janssen, Paul-Wilhelm
Jung, Ursula
Lotz, Erika
Metz, Helmut
Mörchen, Christine
Ratz, Gunter
Rauber, Heinz
Rußmann, Klaus
Schmidt, Ingrid
Schmidt, Sigrun

Mitglied der FWG-Fraktion

Anschütz, Hans-Günter
Esch, Roland
Euler, Horst
Fuchs, Hans-Werner
Jeschke, Ralf
Ludwig, Jörg
Schmidt, Karin
Dr. Valet, Axel

Mitglied der Fraktion Bgo/Die Grünen

Krohn, Malte
Letzel, Knut
Öztürk, Mürvet
Polzin, Sabine
Tacke, Krimhilde

Mitglied der FDP-Fraktion

Franz, Brunhilde
Kornmann, Sigrid
Schmidt, Joachim

Mitglied der NPD

Zutt, Alfred
Zutt, Doris

parteilos

Sattler, Hans-Udo

Landrat

Schuster, Wolfgang

Erster Kreisbeigeordneter

Hofmann, Wolfgang

Hauptamtlicher Kreisbeigeordneter

Wegricht, Roland

Ehrenamtliche/r Kreisbeigeordnete/r

Kaufmann-Ohl, Günther
Droß, Steffen
Hilk, Helene
Hugo, Klaus
Jackel, Hans
Landau, Ursula
Luh, Edgar
Reinschmidt, Wolfgang
Schneider, Karl-Heinz
Schüler, Karl-Heinz
Spamer, Eberhard
Spieß, Udo
Weber, Bernd
Werner, Wilhelm

Schriftführer

Grygar, Norbert

Stellv. Schriftführerin

Biehl-Schneider, Marina

Von der Verwaltung

Kröckel, Dieter
Reitz, Friedhelm
Wagner, Manfred

es fehlt entschuldigt

Rompf, Markus (parteilos)
Schweitzer, Martin (FWG)
Tegel, Adolf (Tierschutzpartei)

Tagesordnung

TOP 1

Mitteilungen des Kreisausschusses und der Kreistagsvorsitzenden

TOP 2

Fragestunde

TOP 3

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen;
Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 07.06.2007
Drucksache 175/2007

TOP 4.a

Regionales Entwicklungskonzept im Lahn-Dill-Kreis (Südwest)
Drucksache 228/2007 - 1

TOP 4.b

Regionales Entwicklungskonzept Lahn-Dill-Bergland
Drucksache 269/2007

TOP 5

Jahresabschluss des Lahn-Dill-Kreises für das Haushaltsjahr 2005;
hier: Aufstellung und Vorlage an den Kreistag, Beschlussfassung und Entlastung des Kreisausschusses
Drucksache 229/2007

TOP 6

Jahresabschluss 2006 der Grube Fortuna
Drucksache 203/2007 - 2

TOP 7

Jahresabschluss 2006 der Abfall- und Energiewirtschaft Lahn-Dill
Drucksache 208/2007

TOP 8

Jahresabschluss der LDA zum 31.12.2006
Drucksache 207/2007

TOP 9

Haushaltssicherungskonzept;
Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 17.08.2007
Drucksache 234/2007

TOP 10

Rechtzeitige Einbringung des Wirtschaftsplanes;
Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 17.08.2007
Drucksache 235/2007

TOP 11

Regionalkreis;
Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 17.08.2007
Drucksache 236/2007

TOP 12

Bewilligung von überplanmäßigen Aufwendungen im Rahmen der laufenden
Standsicherheitsprüfung bei Schulgebäuden
Drucksache 271/2007

TOP 13

Erich-Girolstein-Schule als "PPP-Projekt" auf dem Erdbeerfeld;
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD, FWG, B90/Die Grünen und FDP vom 30.09.2007
Drucksache 272/2007

TOP 14

Nachwahl eines/einer stellvertretenden Kreistagsvorsitzenden

TOP 15

Nachwahl von Mitgliedern des Personalrates in die Betriebskommission des Eigenbetriebes Abfall-
und Energiewirtschaft Lahn-Dill (AEWLD)
Drucksache 248/2007

TOP 16

Aufhebung der Grundschule Kraftsolms / Kröffelbach gem. § 146 HSchG
zum 31. Juli 2007
Drucksache 241/2007

TOP 17

Tariftreueerklärung bei Auftragsvergaben der Eigenbetriebe;
Antrag von SPD, FWG und B90/Die Grünen vom 09. Februar 2007
Drucksache 53/2007

TOP 18

Turnhalle Freiherr-vom-Stein-Schule;
Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 16.04.2007
Drucksache 124/2007

TOP 19

Schülerbeförderung im Lahn-Dill-Kreis;
hier: Antrag der FDP-Fraktion vom 10.09.2007
Drucksache 256/2007

TOP 20

Fortbildung für Bedienstete des LDK und den kreiseigenen Betrieben bei der Lahn-Dill-Akademie;
hier: Prüfung einer Fortbildungsvereinbarung
Antrag der FDP-Fraktion vom 11.09.2007
Drucksache 257/2007

TOP 21

Kindeswohlgefährdung; Vereinbarung zwischen den Jugendamt und den anderen
Sozialleistungsträgern
Antrag der FDP-Fraktion vom 11.09.2007
Drucksache 258/2007

TOP 22

Folgen der Privatisierung der Deutschen Bahn AG für den Lahn-Dill-Kreis
Antrag der Abgeordneten Doris und Alfred Zutt, NPD, vom 17.09.2007
Drucksache 263/2007

TOP 23

Anreize zum Energie- und Wassersparen
Antrag der Abgeordneten Doris und Alfred Zutt, NPD, vom 17.09.2007
Drucksache 264/2007

TOP 24

Beteiligung an dem Zertifizierungsprojekt "Gesundheitsfördernde Schule"
Antrag der Abgeordneten Doris und Alfred Zutt, NPD, vom 17.09.2007
Drucksache 265/2007

TOP 25

Situationsbericht zur Islamisierung des Lahn-Dill-Kreises
Antrag der Abgeordneten Doris und Alfred Zutt, NPD, vom 27.09.2007
Drucksache 268/2007

TOP 26

Einbruchsicherheit an heimischen Schulen;
Antrag der CDU-Fraktion vom 01.10.2007
Drucksache 273/2007

TOP 27

Resolution zur Schulwahlfreiheit;
Antrag der CDU-Fraktion vom 01.10.2007
Drucksache 274/2007

TOP 28

Windräder;
Antrag der CDU-Fraktion vom 01.10.2007
Drucksache 275/2007

Vorsitzende Müller eröffnet die 12. Sitzung des Kreistages und begrüßt die Abgeordneten, Landrat Schuster, Ersten Kreisbeigeordneten Wolfgang Hofmann, Hauptamtlichen Kreisbeigeordneten Roland Wegricht, den ehrenamtlichen Kreisbeigeordneten Günther Kaufmann-Ohl und die weiteren ehrenamtlichen Kreisbeigeordneten. Weiter begrüßt sie die Vertreterinnen und Vertreter der Medien, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Verwaltung sowie Zuhörerinnen und Zuhörer, insbesondere Interessenvertreterinnen und Interessenvertreter der Freiherr-vom-Stein-Schule, der Erich-Girolstein-Schule und der Philipp-Schubert-Schule.

Vorsitzende Müller stellt die Beschlussfähigkeit des Kreistages fest. Zu der Sitzung wurde mit Schreiben vom 04. Oktober 2007 form- und fristgerecht eingeladen.

Bei den Tagesordnungspunkten 3 – 11 (mit Ausnahme von TOP 4 b) handelt es sich um Punkte aus der letzten Kreistagssitzung, die aus Zeitmangel nicht mehr beraten wurden. Zu TOP 17 sind die Beratungsunterlagen mit der Einladung zur Kreistagssitzung am 05. März 2007 und zu TOP 18 mit der Einladung zur Kreistagssitzung am 07. Mai 2007 zugegangen. Alle anderen Beratungsunterlagen wurden mit der Einladung zur heutigen Sitzung versandt.

Die amtliche Bekanntmachung der Kreistagssitzung in der Wetzlarer Neuen Zeitung mit Nebenausgaben für das Kreisgebiet erfolgte am 18. Oktober 2007.

Der Kreisausschuss hat in seiner Sitzung am 10. Oktober 2007 für die auf der Tagesordnung stehenden Beratungspunkte und für den Sitzungstermin sein Benehmen hergestellt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung berichtet **Vorsitzende Müller**, dass zwei Dringlichkeitsanträge der CDU-Fraktion vorliegen,

- a) zum Thema Schulneubau Erich-Girolstein-Schule,
- b) zur Ausstattung der Freiherr-vom-Stein-Schule.

Fraktionsvorsitzender Irmer (CDU) begründet die Dringlichkeit zum Schulneubau Erich-Girolstein-Schule. Nachdem man in der letzten Haupt-, Finanz- und Organisations-ausschusssitzung erfahren musste, dass ein Neubau der Erich.-Girolstein-Schule Standort „Erdbeerfeld Wetzlar“ im Rahmen des „PPP-Projektes“ nicht realisierbar ist, ist seine Fraktion zu der Auffassung gelangt, einen entsprechenden Dringlichkeitsantrag einzureichen. Was bisher als Ergebnis zustande gekommen ist, ist etwas, was seine Fraktion vorhergesehen hat. Abgesehen davon, dass man aus pädagogischen Gründen gegen die Planungen war, hat seine Fraktion darauf hingewiesen, dass es rechtlich offene Fragen gibt. Er geht darauf noch näher ein. Vom Kultusministerium hat er sich bestätigen lassen, dass eine Teilfortschreibung des Schulentwicklungsplanes notwendig gewesen wäre, wenn man dieses Projekt an diesem Standort weiterverfolgt hätte. Fakt ist, dass man frühestens im Herbst nächsten Jahres mit einer Ausschreibung beginnen könnte, wenn alles optimal laufen würde. Dies setzt voraus, dass es keinerlei Einsprüche in irgendeiner Form gibt. Mittlerweile ist bekannt, dass zwei Einsprüche angekündigt wurden. Die genannten Gründe haben dazu geführt, dass das Projekt an dem vorgesehenen Standort gescheitert ist. Von der Stadt Wetzlar hat er die Auskunft, dass in Hermannstein sofort auf der Grundlage des Bebauungsplanes vom 07.02.1975 nach Genehmigung mit dem Bau einer neuen Schule begonnen werden kann. Daher der Dringlichkeitsantrag, um auch der Schulgemeinde ein Signal zu geben, „ja, man will an diesem Standort den Neubau der Schule im Rahmen der Machbarkeitsstudie“.

Gegen die Dringlichkeit spricht **Fraktionsvorsitzende Hartmann (SPD)**. Sie verweist auf die Begründung im Dringlichkeitsantrag in der es heißt, dass sechs Monate nutzlos verstrichen wurden. Sie macht deutlich, dass der Kreisausschuss aktiv gewesen ist. Es ist eine Machbarkeitsstudie vorgestellt worden und auf dieser Basis muss weitergearbeitet werden. Dafür ist kein Dringlichkeitsantrag der CDU notwendig. Dem Kreisausschuss Untätigkeit vorzuwerfen, ist der Gipfel der Unverfrorenheit.

Vorsitzende Müller lässt nunmehr über die Dringlichkeit des CDU-Antrages vom 22.10.2007 zum Neubau der Erich-Girolstein-Schule abstimmen:

Abstimmungsergebnis: 33 Ja-Stimmen	(30 CDU, 2 NPD, 1 FWG),
42 Nein-Stimmen	(28 SPD, 7 FWG, 5 Bündnis 90/Die Grünen, 2 FDP),
1 Stimmenthaltung	(Abgeordneter Sattler, parteilos).

Vorsitzende Müller stellt fest, dass damit die erforderliche 2/3-Mehrheit (54 Stimmen) nicht erreicht wurde. Die Dringlichkeit ist somit abgelehnt.

Vorsitzende Müller ruft alsdann den Dringlichkeitsantrag „Mittel zur Ausstattung der Freiherr-vom-Stein-Schule“ auf.

Für die Dringlichkeit spricht **Fraktionsvorsitzender Irmer (CDU)**. Dieser Antrag ist auch deshalb dringend, weil es einen entsprechenden Baufortschritt gibt. Vor ca. 14 Tagen war seine Fraktion vor

Ort, um sich über den Fortgang des Gesamtprojektes zu informieren. Mit der Gesamtentwicklung dort ist man sehr zufrieden. Im Rahmen des Gespräches ist von der Schulleitung und auch vom Schullehrerbeirat sehr deutlich gemacht worden, dass es erhebliche Ausstattungsprobleme gibt. Kritik ist daran geübt worden, dass für die Ausstattung der entsprechenden Fachräume der Freiherr-vom-Stein-Schule kein Euro zur Verfügung steht mit dem Ergebnis, dass man zwar insgesamt fünfzig Räume zur Verfügung hat, von denen elf neu möbliert werden. Insbesondere die Fachräume im Bereich der naturwissenschaftlichen Fächer sollen überhaupt keine adäquate Ausstattung erhalten. Der Vertreter der Firma BAM hat öffentlich mehrfach erklärt, dass der Kreis gebeten worden ist, mitzuteilen, wie eine Ausstattung erfolgen soll. Eine Ausstattungsliste ist nicht gegeben worden. Hätte man den Wirtschaftsplan zeitlich rechtzeitig eingebracht, müsste dieser Antrag nicht gestellt werden. Jetzt ist man dabei die Schule auszustatten und daher macht es jetzt Sinn, zu sagen, jawohl wir planen entsprechende Mittel ein, und nicht erst im nächsten Jahr, wenn die Baumaßnahme als solche abgeschlossen ist.

Fraktionsvorsitzende Hartmann (SPD) spricht gegen die Dringlichkeit des Antrages. Sie hält diesen Antrag für einen Haushaltsantrag, der im Rahmen der Wirtschaftsplanberatungen eingebracht werden kann. Daher ist dieser Antrag reiner Populismus.

Vorsitzende Müller lässt über die Dringlichkeit des Antrages abstimmen:

Abstimmungsergebnis:	32 Ja-Stimmen	(30 CDU, 2 NPD),
	43 Nein-Stimmen	(28 SPD, 8 FWG, 5 Bündnis 90/Die Grünen, 2 FDP),
	1 Stimmenthaltung	(Abgeordneter Sattler, parteilos).

Damit ist die Dringlichkeit abgelehnt.

Vorsitzende Müller teilt mit, dass die Tagesordnungspunkte 9 und 13 zurückgezogen wurden.

Da weitere Änderungen zur Tagesordnung nicht gewünscht werden, gilt diese als genehmigt.

Zu TOP 1

Mitteilungen des Kreisausschusses und der Kreistagsvorsitzenden

a) Mitteilungen des Kreisausschusses

Siehe hierzu „Mitteilungen zur Kreistagssitzung am 22. Oktober 2007“, die als Tisch-vorlage in der Sitzung verteilt wurden (Anlage 1).

Landrat Schuster (SPD) trägt aus Gründen der umfangreichen Tagesordnung die Mitteilungen auch von Herrn Hofmann, Herrn Wegricht und Herrn Kaufmann-Ohl vor.

b) Mitteilungen durch die Kreistagsvorsitzende

Kirsten Rauber hat ihr Kreistagsmandat abgegeben

Die Abgeordnete Kirsten Rauber hat mit Schreiben vom 28. September 2007 mitgeteilt, dass sie mit sofortiger Wirkung ihr Kreistagsmandat abgibt. Nachfolger von Frau Rauber ist Herr Paul-Wilhelm Janssen.

Vorsitzende Müller heißt Herrn Janssen in den Reihen des Kreistages herzlich willkommen und wünscht eine gute Zusammenarbeit.

Terminplanung 2008

Die Mitglieder des Ältestenrates sowie die Ausschussvorsitzenden haben heute den vorgesehenen Terminplan für 2008 der Gremiensitzungen erhalten.

Vorsitzende Müller bittet die Ausschussvorsitzenden, bis spätestens 01. November dem Büro der Kreisorgane Nachricht zu geben, ob sie mit den dort genannten Terminen einverstanden sind. Der Ältestenrat wird dann am 12. November abschließend über den Terminplan diskutieren, der dann allen Abgeordneten zugeht.

Rats-Info-System

Vorsitzende Müller bittet, die verteilte „Erklärung über die Veröffentlichung der persönlichen Daten im Internet“ auszufüllen und baldmöglichst im Büro der Kreisorgane unterschrieben abzugeben.

Sitzung des Ausschusses für Bildung, Jugend und Familie am 27.11.2007

Der Sitzungsbeginn für diese Sitzung wird auf 14:00 Uhr vorverlegt, weil die Anhörung zum Thema „überfüllte Schulbusse“ gemäß Kreistagsbeschluss vom 02.07.2007 erfolgen soll. Die offizielle Einladung zu dieser Sitzung erfolgt später.

Aufrechterhaltung der Sitzungsordnung

Vorsitzende Müller erklärt, dass sie die Abgeordnete Zutt (NPD) zu den Beratungen nicht zulassen wird, solange sie ihr T-Shirt mit der Aufschrift „Journalisten sind Ruf-Mörder“ trägt. Dies ist eine Verunglimpfung einer Berufsgruppe. Sie fordert Abgeordnete Zutt auf, ihr T-Shirt zu wechseln oder zu wenden. Dann wird sie Frau Zutt zu Redebeiträgen zulassen.

Abgeordnete Zutt (NPD) erwidert: „dann rede ich halt ohne...“ (auf dem Band nicht verständlich).

Vorsitzende Müller wiederholt ihre Aufforderung, ansonsten kündigt sie an, Frau Zutt von der Sitzung auszuschließen.

Wiederholter Protest der Abgeordneten Zutt.

Vorsitzende Müller bittet Abgeordnete Zutt zu schweigen, ansonsten wird sie nicht nur für heute sondern für drei Sitzungen ausgeschlossen.

Anmerkung: Abgeordnete Zutt ist der Aufforderung nachgekommen.

Zu TOP 2 Fragestunde

1. Frage des Kreistagsabgeordneten Stephan Aurand (SPD)

Inwiefern hat sich der Landrat schon vor Monaten dafür eingesetzt, dass die Bürgerinnen und Bürger, die durch die Hochwasserkatastrophe vom 17./18. September 2006 besonders geschädigt sind, statt des Landesdarlehns in Höhe von 1.000,00 € eine entsprechende nicht zurückzahlungspflichtige Beihilfe erhalten?

Zusatzfrage:

Ist dem Kreisausschuss bekannt, warum die Schadensregulierung durch das Land bis heute nicht abgeschlossen ist?

Landrat Schuster (SPD) geht auf die Frage einschließlich der Zusatzfrage ein. Mit dem Hessischen Minister des Innern und Sport hat man sich fortlaufend über die Abwicklung der Schadensregulierung und über die Umwandlung des aus haushaltsrechtlichen Gründen zugesagten Sofortdarlehens von 1.000,00 € bemüht. Die Gespräche waren konstruktiv. Er bedankt sich bei allen, die dabei mitgewirkt haben, dass diese 1.000,00 € nicht zurückgezahlt werden müssen. Zur Zusatzfrage führt er aus, dass die Schadensregulierung für die kommunalen Schäden noch nicht abgeschlossen ist. Die Kommunen haben Schäden von rund 2,6 Millionen € und der Lahn-Dill-Kreis von knapp 3 Millionen € geltend gemacht. Abgewickelt sind die Schäden, die Vereine erlitten haben in Höhe von 487.000,00 €. Nach seinem Kenntnisstand sollen die Schadens-regulierungen der Kommunen bis zum Jahresende abgewickelt sein.

2. Frage der Abgeordneten Mürvet Öztürk (B90/Die Grünen)

Ausgangslage:

Seit Frühjahr 2007 gibt es landesweit Probleme in den Schulsekretariaten, die insbesondere auf die Software LUSD zurückzuführen sind. Auch heimische Schulen haben bereits auf die schwierige Situation ihrer Sekretariate aufmerksam gemacht und sehen eine Aufstockung der Wochenstunden zur Bewältigung der massiven Probleme als unabdingbar an, weil das Chaos und die unzumutbaren Zustände aufgrund der nicht ansatzweise funktionierenden Software in den regulären Arbeitszeiten der Sekretariate nicht mehr zu bewältigen ist.

Frage:

Welche Erfahrungen liegen im Kreis über die Probleme mit der Software der Lehrer- und Schülerdatenbank (LUSD) vor?

Zusatzfrage:

Gibt es Überlegungen seitens des Kreisausschusses, sich dem Beispiel anderer Städte und Kreise anzuschließen, die wegen der potentiell anfallenden Überstunden durch die fehlerhafte Lehrer- und Schüler-Datenbank Schadenersatz vom Land Hessen einfordern wollen?

Hauptamtlicher Kreisbeigeordneter Wegricht (SPD) berichtet, dass die Erfahrungen, die die Schulen im Lahn-Dill-Kreis mit dem Programm LUSD gemacht haben, gleich schlecht sind, wie anderswo in Hessen. Dies hat soweit geführt, dass in dieser Woche sogar eine Teilpersonalversammlung mit den Schulsekretärinnen der Schulen ausschließlich zu diesem Thema stattfindet. Es ist eine erhebliche Mehrbelastung der Schulsekretariate und der Schulleitungen aufgrund einer Vielzahl von Mängeln dieser Datenbank eingetreten. Konkret sind folgende Mängel festzustellen:

- schlechtes Laufzeitverhalten der Gesamtanwendung
- umständliche und zeitaufwändige Datenerfassung (bis zu 15 Minuten für einen Schülerdatensatz)
- Probleme mit der Servicehotline
- lange Wartezeiten bei Gerätedefekten und somit keinen Zugriff auf die zentrale Anwendung
- Systemwartungen während der Schul- bzw. Bürozeiten.

Der Lahn-Dill-Kreis hat sehr frühzeitig auf all diese Probleme hingewiesen, ohne eine Form der Einsicht seitens der Kultusverwaltung. Vom dortigen Staatssekretär hat er die Auskunft erhalten, dass wohl bekannt ist, dass nur diese Schulträger Probleme mit der LUSD hätten, die das System nicht angemessen unterstützen. Überlegungen, entsprechende Schäden

geltend zu machen, bestehen nicht von Seiten des Kreises sondern beim Hessischen Landkreistag. Es besteht die Absicht, dieses Problem im Rahmen der Konnexitätskommission vorzutragen, weil die Mehrheit der Schulträger in Hessen der Auffassung ist, dass es sich hier aufgrund des Konnexitätsprinzips um ein entsprechendes Problem handelt, wo das Land gegenüber den Schulträgern schaden-ersatzpflichtig ist.

In einer Zusatzfrage möchte **Fraktionsvorsitzender Irmer (CDU)** wissen, ob Herr Wegracht seine Auffassung teilt, dass man heute ein gutes Stück weiter wäre, wenn man nicht bei Amtsantritt 1999 ein rot-grünes Karteikartensystem bei den Staatlichen Schulämtern vorgefunden hätte.

Hauptamtlicher Kreisbeigeordneter Wegracht (SPD) teilt diese Auffassung ausdrücklich nicht. Nach seinen Informationen hat das Hessische Kultusministerium vor Einführung der LUSD ein Gutachten eines bekannten Softwarehauses erhalten in dem festgestellt worden ist, dass LUSD überhaupt nicht funktionieren kann. Das Kultusministerium hat sich von diesem Gutachten nicht beeindruckt lassen.

Zu TOP 3

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen; Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 07.06.2007
Drucksache 175/2007

Abgeordneter Dr. Preuschoff (CDU) macht deutlich, dass es bei diesem Antrag um die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen beim kommunalpolitischen Geschehen geht. Die HGO wurde vor acht Jahren dahingehend überarbeitet, dass Kinder und Jugendliche mehr als zuvor in das politische Geschehen einbezogen werden sollen. Er zitiert den § 4 c der Hessischen Gemeindeordnung und den § 8 a der Hessischen Landkreisordnung. Auf Grundlage dieser Empfehlungen hat seine Fraktion den Antrag formuliert. Der Gesetzgeber hat mit der Aufnahme dieser Passage ausdrücklich seine Wertschätzung gegenüber den Jugendlichen und deren Sachverstand ausgedrückt, so dass diese angehalten sind, ihrerseits Verantwortung für die Gemeinschaft zu übernehmen. Bei dieser Beteiligung geht es auch um das Heranführen von jungen Menschen zur kommunalpolitischen Verantwortung. Er bittet um Zustimmung zu diesem Antrag.

Abgeordnete Beimborn (SPD) nimmt den Antrag zum Anlass, jetzt schon zu berichten. Im Lahn-Dill-Kreis ist die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen innerhalb der Abteilung 32 geregelt, und zwar seit Beginn der jetzigen Legislaturperiode durch zwei beratende Mitglieder aus den kommunalen Beteiligungsprojekten im Jugendhilfeausschuss. Sechs Jugendliche gehören dem Verwaltungsausschuss des Jugendbildungswerkes an mit Stimmberechtigung. Im Lahn-Dill-Kreis gibt es etliche Gemeinde- und Stadtparlamente, in denen Kinder und Jugendliche vertreten sind. Die Erfahrungen haben gezeigt, dass Kinder und Jugendliche immer dann engagiert sind, wenn es ihre persönlichen Interessen betrifft. Mit den Jugendpflegern die im Jugendhilfeausschuss vertreten sind, hat man eindringlich darüber diskutiert, wie man Jugendliche in den Jugendhilfeausschuss integrieren kann mit dem Ergebnis, dass zwei Vertreter die allerdings über achtzehn Jahre alt sind, dem Jugendhilfeausschuss angehören aber ausschließlich die Interessen der Jugendlichen vertreten. Im Lahn-Dill-Kreis hat man bisher fünf Parlamente, in denen Jugendliche beteiligt sind. Diese werden von Jugendpflegern unterstützt. Sollte Ähnliches für den Kreistag vorgesehen sein schlägt sie vor, den Antrag in den Jugendhilfeausschuss zu verweisen und dort zu behandeln, damit dann mit Beteiligung der Kinder und Jugendlichen und der Jugendhilfe ein Vorschlag erarbeitet werden kann, der dann an den Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie weitergeleitet werden kann.

Sie erhebt diesen Vorschlag zum Ergänzungsantrag.

Abgeordneter Zutt (NPD) meint, dieser Antrag ist widersprüchlich, wenn man von Mitbeteiligung und Demokratie spricht und selbst Kinder einbezieht, aber gleichzeitig die Freiheitsrechte

eingeschränkt – siehe Schäuble. Zu diesem Antrag, Kinder zu beteiligen, wo selbst in politischen Fragen viele Erwachsene unmündig sind, möchten die NPD-Abgeordneten folgendermaßen antworten: „Wenn Väter ihre Kinder gewähren lassen und sich vor ihnen geradezu fürchten, wenn Söhne ohne Erfahrung handeln wollen wie die Väter, sich nichts sagen lassen, um selbstständig zu erscheinen, wenn Lehrer statt mit sicherer Hand Schüler auf ihren Weg zu führen.....“

Vorsitzende Müller unterbricht den Redebeitrag des Abgeordneten Zutt. Es geht hier um die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen und nicht um allgemeine Überlegungen über Erziehung und das Verhältnis der Generationen untereinander. Sie fordert Abgeordneten Zutt auf, zur Sache zu sprechen.

Abgeordneter Zutt (NPD) erwidert, dass er zur Sache spricht. Sie kommen als Parlamentsvorsitzende wie in Mecklenburg.....

Vorsitzende Müller verwarnt Abgeordneten Zutt.

„Ich sage Ihnen aber die Wahrheit trotzdem“, erwidert **Abgeordneter Zutt (NPD)**.

Vorsitzende Müller verwarnt Abgeordneten Zutt zum zweiten Mal. „Wenn sie jetzt noch etwas sagen, sind Sie auch raus aus den Beratungen. Ich sag es Ihnen.“

Abgeordneter Zutt (NPD) erwidert „Sie sind in ihrem Amt überfordert“.

Daraufhin schließt **Vorsitzende Müller** Abgeordneten Zutt (NPD) von der Beratung aus. Sie bittet Abgeordneten Zutt wieder Platz zu nehmen.

Abgeordneter Zutt folgt dieser Aufforderung nicht. Er führt weiter aus „ich spreche zur Sache hier und werde unterbrochen hier. Ich wollte Plato zitieren und da wird man einfach unterbrochen.....“

Vorsitzende Müller unterbricht die Kreistagsitzung und bittet den Ältestenrat zusammen zu kommen.

Nach der Unterbrechung führt **Vorsitzende Müller** die Sitzung fort und teilt mit, dass der Ältestenrat beraten und beschlossen hat, Abgeordneten Alfred Zutt und Abgeordnete Doris Zutt, die eben eine Anmerkung gemacht hat, die hier zu Protokoll gegeben worden ist, von der weiteren Sitzung auszuschließen. Sie bittet die beiden Abgeordneten den Sitzungsraum zu verlassen. Sollten sie der Aufforderung nicht Folge leisten, wird sie Landrat Schuster auffordern, in Amtshilfe die Polizei zu benachrichtigen, um das Hausrecht wieder herzustellen.

Anmerkung:

Beide Abgeordnete verlassen den Sitzungssaal nicht, so dass durch den Landrat die Polizei verständigt wurde.

Bis zum Eintreffen der Polizei wird die Sitzung bei Anwesenheit der beiden Abgeordneten Zutt fortgeführt.

Vorsitzende Müller greift den Vorschlag der Abgeordneten Beimborn auf und fragt, Abgeordneten Dr. Preuschoff (CDU), ob er darauf eingehen möchte.

Abgeordneter Preuschoff (CDU) macht deutlich, dass es nicht nur um Jugendbildung und Jugendhilfe geht. Das Thema und die Zuständigkeit sind in der Landkreisordnung breiter angesetzt. Es geht nicht um einen gelegentlichen Bericht aus dem Jugendhilfeausschuss, sondern die Etablierung eines Verfahrens. Wenn dem Antrag zugestimmt würde, könnte dieser im Jugendhilfeausschuss beraten werden. Dabei macht er deutlich, dass es sich um eine Gesetzesvorgabe handelt, über die man im Jugendhilfeausschuss sprechen kann.

Fraktionsvorsitzende Kornmann (FDP) unterstützt ausdrücklich den Antrag der CDU-Fraktion. Das man den Jugendhilfeausschuss mit in die Beratung einbeziehen will, ist nur gut. Recherchen bei der Bertelsmann-Stiftung, die sie aufgrund dieses Antrages vorgenommen hat, haben zu einem schrecklichen Ergebnis geführt und es geht nicht nur um die Jugendhilfe, sondern um die Beteiligung von Jugendlichen auf den verschiedensten kommunalen Feldern. Sie erinnert an die Schülerbeförderung, die die Schüler unmittelbar betrifft, was in einem Jugendhilfeausschuss überhaupt nicht diskutiert wird, oder Stadtteilsanierungen und andere Themen, die in anderen Ausschüssen diskutiert werden. Insofern unterstützt ihre Fraktion den Antrag.

Fraktionsvorsitzende Öztürk (Bündnis 90/Die Grünen) stellt klar, dass man nicht den Antrag einfach in den Jugendhilfeausschuss überweisen will, damit er dort verloren geht sondern es geht darum, wenn man ein Organ, nämlich den Jugendhilfeausschuss hat, in dem die Jugendhilfe aktiv mitarbeitet, eine Beratung unter Mitwirkung dieser Jugendlichen erfolgen sollte. Daher plädiert sie dafür, dass der Antrag dorthin zur weiteren Beratung verwiesen wird.

Abgeordnete Beimborn (SPD) macht deutlich, dass letztendlich auch der Kreisausschuss sich mit dem Thema zu beschäftigen und einen Bericht abzugeben hat. Nach ihrem Verständnis müsste auch der Kreisausschuss den Jugendhilfeausschuss bemühen, um einen solchen Bericht aufgearbeitet zu bekommen. Der Jugendhilfeausschuss könnte sich des Themas annehmen, wie die Beteiligung der Jugendlichen in der Politik gefördert werden kann und was erforderlich ist, was die einzelnen Kommunen tun können. Es ist nicht damit getan, dass der KA berichtet sondern es muss danach gesehen werden, wie die Arbeit und Vorbereitung dazu geleistet wird. Dieser Auftrag würde vom Jugendhilfeausschuss an den Fachausschuss gegeben werden. Ohne den Jugendhilfeausschuss kann ein solcher Bericht nicht abgegeben werden. Der Jugendhilfeausschuss sollte genau diesen Bericht vorbereiten, weil diesen der KA nicht erstellen kann.

Vorsitzende Müller fasst zusammen, dass der Vorschlag unterbreitet wurde, zunächst den Jugendhilfeausschuss zu beauftragen einen Vorschlag zu unterbreiten um damit quasi die Vorbereitungen zu treffen, damit im Ausschuss für Jugend, Bildung und Familie ein Bericht erstattet werden kann.

Abgeordneter Dr. Preuschoff (CDU) erklärt, dass man dieser Anregung zustimmen kann.

Vorsitzende Müller lässt alsdann über den geänderten Beschlussvorschlag, der folgenden Wortlaut hat, abstimmen:

„Der Kreisausschuss wird aufgefordert, den Jugendhilfeausschuss zu beauftragen, die Vorbereitungen zu treffen, um anschließend im Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie berichten zu können:

1. Auf welche Weise er die in der Hessischen Landkreisordnung vorgeschriebene Beteiligung von Kindern und Jugendlichen bei Planungen und Vorhaben, die die Interessen von Kindern und Jugendlichen berühren, realisiert und
2. welche Erfahrungen er bisher mit dieser Beteiligung von Kindern und Jugendlichen gemacht hat“.

Sollte der Kreisausschuss zur Erkenntnis kommen, dass diese Gesetzesvorgabe durch den Lahn-Dill-Kreis noch nicht ausreichend berücksichtigt wird, wird er

3. aufgefordert, im Ausschuss zu berichten, wie er zukünftig diese Vorgabe zu erfüllen gedenkt bzw. welche Weise ggf. ein für die kommunalen Kinder- und Jugendbeiräte repräsentatives Gremium auf Kreisebene gebildet werden könnte.

Abstimmungsergebnis:

Ohne Stimmenthaltungen wird dem ergänzten Beschluss einstimmig zugestimmt.

Die Tagesordnungspunkte 4 a und 4 b werden gemeinsam beraten.

Zu TOP 4.a

Regionales Entwicklungskonzept im Lahn-Dill-Kreis (Südwest)

Drucksache 228/2007 - 1

Zu TOP 4.b

Regionales Entwicklungskonzept Lahn-Dill-Bergland

Drucksache 269/2007

„Mit dem Entwurf der Regionalen Entwicklungskonzepte haben die Beteiligten Akteure eine sehr umfangreiche Fleißarbeit vorgelegt“, meint **Abgeordneter Bergfeld (SPD)**. Dabei haben sich sehr viele Bürgerinnen und Bürger aus der Region in die Diskussion mit eingebracht. Allein diese Tatsache muss man schon als Erfolg werten. Er hält es für gut, dass die Beteiligten Kommunen sich erklärt haben, dass man in jedem Fall im Regionalforum zusammen weiterhin Projekte umsetzen will. Damit hat man ein wichtiges Ziel erreicht, nämlich eine neue Plattform geschaffen für eine interkommunale Zusammenarbeit. Zur Förderung der fünfundzwanzig Regionen in Hessen im Vergleich zu Rheinland-Pfalz macht er weitere Ausführungen. Wichtig dabei ist, dass die Konzepte einen Innovationscharakter beinhalten und nicht nur begonnene Projekte einfach fortgeschrieben werden. Wichtig ist, dass die Kommunen in den Haushalten Eigenmittel zur Verfügung stellen, damit die Fördermittel aus der EU und die nationalen Mittel, die in diesem Förderprogramm für Investitionsvorhaben erreichbar sind, überhaupt ausgeschöpft werden können. Regionale Entwicklungskonzepte haben drei ganz wichtige Dinge bewirkt. Sie geben der Region eine neue Dimension in der Wirtschaftsförderung. Es wird interkommunale Zusammenarbeit geübt und gefördert und schließlich bieten diese Regionalkonzeptinvestitionen auch Chancen für die Regionen. Daher sollten solche Konzepte intensiv unterstützt werden.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Vorsitzende Müller weist darauf hin, dass eine Abstimmung der Tagesordnungspunkte 4 a und 4 b nicht notwendig ist. Sie stellt fest, dass die beiden Regionalen Entwicklungskonzepte „Lahn-Dill-Wetzlar“ und „Lahn-Dill-Bergland“ zur Kenntnis genommen wurden.

Gegen diese Feststellung erheben sich keine Einwände.

Zu TOP 5

Jahresabschluss des Lahn-Dill-Kreises für das Haushaltsjahr 2005; hier: Aufstellung und Vorlage an den Kreistag, Beschlussfassung und Entlastung des Kreisausschusses

Drucksache 229/2007

Abgeordneter Hartmut Müller (CDU) berichtet als Vorsitzender des Haupt-, Finanz- und Organisationsausschusses. Der Ausschuss hat sich mit der Jahresrechnung 2005 auseinandergesetzt und empfiehlt dem Kreistag mehrheitlich die Beschlussfassung und auch die Entlastung des Kreisausschusses vorzunehmen.

Als Abgeordneter führt **Hartmut Müller (CDU)** aus, dass der Jahresabschluss des Lahn-Dill-Kreises für das Haushaltsjahr 2005 ein Spiegelbild dessen darstellt, was man zum Haushalt 2005 bereits diskutiert hat. Verbesserungen haben sich im laufenden Haushaltsjahr 2005 nicht ergeben und man muss immer wieder feststellen, dass Vorgaben, die von der Aufsichtsbehörde auferlegt, zum Teil nicht befolgt wurden. Dazu gehört das Konzept zur Haushaltssanierung. Das, was man bisher vorgelegt bekommen hat, war nicht das, was man sich eigentlich unter einem Sanierungskonzept vorstellt, sondern es waren angeordnete Daten, die keinerlei Relevanz zu dem Geschehen innerhalb und mit dem Haushalt haben. Auch das immer wieder angemahnte Personalentwicklungskonzept findet man in dem vorgelegten Bericht nicht in irgendeiner Form realisiert. Trotz, dass sich die Landeszuweisungen im Jahr 2005 bis 2007 erhöht haben, steht man nach wie vor in einer hohen Verschuldung. Er verweist insbesondere darauf, dass der nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag zum 31.12.2005 27.734.950,00 Euro beträgt. So heißt es in dem Bericht weiter, dass neben der bilanziellen Überschuldung auch die materielle Überschuldung droht. Mit diesen Aussagen sind Signale gesetzt worden, die man zu beachten hat. Seine Fraktion wird einer Beschlussfassung des Berichtes wie auch der Entlastung des Kreisausschusses nicht zustimmen.

Abgeordnete Schmidt (FDP) erinnert daran, dass man nicht darüber zu debattieren hat, wie der Jahresabschluss von Seiten der Rechnungsprüfung zu bewerten ist. Jahresabschlüsse sollten danach bewertet werden, ob das, was mehrheitlich bei der Aufstellung des Haushaltsplanes beschlossen wurde, handwerklich sauber umgesetzt worden ist. Aus dem Bericht kann man entnehmen, dass diesem Sinn nach, ordentlich gearbeitet worden ist. Die Finanzlage des Kreises ist bekannt und hat nicht erst ihren Niederschlag in dem Bericht der Rechnungsprüfer gefunden. Seine Fraktion kann nach Lektüre des Jahresabschlusses positiv beantworten, dass unter dem Gesichtspunkt der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit gehandelt wurde. Insofern wird seine Fraktion der Vorlage zustimmen.

Vorsitzende Müller gibt bekannt, dass die inzwischen verständigten Beamten der Polizei eingetroffen sind. Sie stellt nochmals ausdrücklich fest, dass sich Abgeordneter Zutt (NPD) mehrfach ihren Anordnungen widersetzt hat und das in gleichem Zuge Abgeordnete Zutt (NPD) das Zitat gebraucht hat, wozu es die Zeugen Beimborn, Hartmann und Beer gibt: "Adolf Hitler hätte seine Freude gehabt, wenn er dies gehört hätte". Diese Aussagen lasse ich so nicht stehen. Sie bittet beide des Saales verwiesenen Abgeordneten, mit den Polizeibeamten nach draußen zu gehen. Sie sind für den Rest der Sitzung ausgeschlossen. Die anderen Abgeordneten bittet sie, den Sitzungssaal für kurze Zeit zu verlassen, damit die Polizeibeamten die beiden von der Sitzung ausgeschlossenen Abgeordneten aus dem Sitzungssaal bringen können.

Vorsitzende Müller unterbricht die Kreistagssitzung für zehn Minuten.

Nachdem beide Abgeordneten Zutt aus dem Sitzungssaal gebracht wurden, setzt **Vorsitzende Müller** die Kreistagssitzung fort.

Fraktionsvorsitzender Ludwig (FWG) erklärt die Zustimmung der Koalitionsfraktion zum Jahresabschluss, wie auch zur Entlastung des Kreisausschusses. Er spricht seinen Dank an die Beteiligten, die das Ganze in dieser Form umgesetzt haben, aus. Insbesondere für das Rechnungsprüfungsamt galt es, ganz besondere Herausforderungen zu bewältigen, da es sich um einen Jahresabschluss nach dem doppelten Haushalt handelt. Man hat den Eindruck, dass sich die Erstellung des Haushaltsplanes inzwischen in einem etwas ruhigeren Fahrwasser befindet, was nicht heißen soll, dass es nicht an der einen oder anderen Stelle noch etwas zu verbessern gäbe.

Da weitere Wortmeldungen nicht mehr vorliegen, lässt **Vorsitzende Müller** über die Drucksache Nr. 229/2007 getrennt über Ziffer 3.1 und 3.2, die folgenden Wortlaut haben, abstimmen:

3.1 Der Kreistag beschließt gem. § 114u Abs. 1 HGO i. V. m. § 52 Abs. 1 HKO den vom Kreisausschuss aufgestellten und der Drucksache 229/2007 als *Anlage 1 - Teil 1* beigefügten Jahresabschluss des Lahn-Dill-Kreises zum 31. Dezember 2005.

3.2 Dem Kreisausschuss wird gem. § 114u Abs. 1 HGO i. V. m. § 52 Abs. 1 HKO für das Haushaltsjahr 2005 Entlastung erteilt

Abstimmungsergebnis zu Ziffer 3.1:	44 Ja-Stimmen	(28 SPD, 8 FWG, 5 Bündnis 90/Die Grünen, 3 FDP),
	30 Nein-Stimmen	(CDU),
	1 Stimmenthaltung	(Abgeordneter Sattler, parteilos).
Abstimmungsergebnis zu Ziffer 3.2:	44 Ja-Stimmen	(28 SPD, 8 FWG, 5 Bündnis 90/Die Grünen, 3 FDP),
	30 Nein-Stimmen	(CDU),
	1 Stimmenthaltung	(Abgeordneter Sattler, parteilos).

Damit ist der Drucksache Nr. 229/2007 in beiden Teilen mehrheitlich zugestimmt.

Zu TOP 6

Jahresabschluss 2006 der Grube Fortuna
Drucksache 203/2007 - 2

Vorsitzende Müller macht deutlich, dass über die Version 203/2007 - 2 der Drucksache abzustimmen ist. Sie lässt, da Wortmeldungen nicht vorliegen, getrennt nach Buchstabe a, b und c, die folgenden Wortlaut haben, abstimmen:

- a) Der als Anlage zur Drucksache Nr. 203/2007 - 2 beigefügte Jahresabschluss 2006 des Besucherbergwerkes Grube Fortuna wird entsprechend der Prüfung durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Dr. Hudel & Partner GmbH, Herborn, genehmigt.
- b) Der Jahresüberschuss 2006 in Höhe von **775.155,99 €** wird an den Lahn-Dill-Kreis ausgeschüttet.
Weiterhin wird die Auskehrung kumulierter Gewinnvorträge aus Vorjahren in Höhe von **1.724.844,01 €** zu Gunsten des Lahn-Dill-Kreises beschlossen.
- c) Der beim Lahn-Dill-Kreis entstehenden außerplanmäßigen Aufwendung aus der Kapitalertragsteuer in Höhe von 263.750,00 € wird gem. § 114g Abs. 1 HGO in Verbindung mit § 52 Abs. 1 HKO zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Allen Teilen des Beschlussvorschlages wird einstimmig ohne Stimmenthaltungen zugestimmt.

Zu TOP 7

Jahresabschluss 2006 der Abfall- und Energiewirtschaft Lahn-Dill
Drucksache 208/2007

Vorsitzende Müller weist darauf hin, dass das Votum des Fachausschusses aus dem Mitteilungsblatt zu entnehmen ist. Der Kreistag erklärt sich auf Befragen damit einverstanden, über beide Teile des Beschlussvorschlages gemeinsam abzustimmen.

- a) Der als Anlage der Drucksache Nr. 208/2007 beigefügte Jahresabschluss 2006 des Eigenbetriebes Abfall- und Energiewirtschaft Lahn-Dill wird entsprechend der Prüfung durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Dr. Kruse, Dr. Hilberseimer & Partner, Wetzlar, genehmigt.
- b) Der Jahresüberschuss 2006 in Höhe von **857.329,12 €** ist auf neue Rechnung vorzutragen.

Abstimmungsergebnis:

Bei 1 Stimmenthaltung (Abgeordneter Sattler, parteilos) einstimmig zugestimmt.

Zu TOP 8

Jahresabschluss der LDA zum 31.12.2006
Drucksache 207/2007

Vorsitzende Müller gibt den Hinweis, dass sich der Haupt-, Finanz- und Organisations-ausschuss mit der Angelegenheit befasst hat. Das Votum ist dem Mitteilungsblatt zu entnehmen.

Fraktionsvorsitzende Hartmann (SPD) stellt fest, dass bei der Lahn-Dill-Akademie im Jahr 2006 inhaltlich gut und ergebnisorientiert gearbeitet worden ist. Das Jahresergebnis 2006 hat sich um rund 27.000 Euro verbessert. Durch Umstrukturierung sind dabei die Personalkosten um diese Summe gesunken. Die Öffentlichkeitsarbeit der Lahn-Dill-Akademie wurde massiv verstärkt. Die Veranstaltungshefte wurden inhaltlich im Erscheinungsbild mit der Volkshochschule Wetzlar abgestimmt. Bei den Schulen ist die Lahn-Dill-Arbeit im Bereich der pädagogischen Mittagsbetreuung eingestiegen. Sie bietet verstärkt Fortbildungen für Berufstätige an. Insgesamt wurde das Kursangebot ausgeweitet und ein besseres Jahresergebnis erzielt. Es ist alles gut gelaufen und sie spricht ihren Dank an alle Mitarbeiter aus.

Da weitere Wortmeldungen nicht mehr vorliegen, lässt **Vorsitzende Müller** über die Drucksache Nr. 207/2007, die folgenden Wortlaut hat abstimmen:

- a) Der als Anlage der Drucksache Nr. 2007/2007 beigefügte Jahresabschluss 2006 des Eigenbetriebes der Lahn-Dill-Akademie, wird entsprechend der Prüfung durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Dr. Kruse, Dr. Hilbersheimer und Partner, 35578 Wetzlar (laut Anlage) genehmigt.

- b) Der Jahresüberschuss 2006 in Höhe von **47.375,16 €** ist auf neue Rechnung vorzutragen.

Abstimmungsergebnis:

ohne Enthaltungen einstimmig zugestimmt.

Zu TOP 9

Haushaltssicherungskonzept;
Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 17.08.2007
Drucksache 234/2007

Dieser Tagesordnungspunkt wurde zurückgezogen.

Zu TOP 10

Rechtzeitige Einbringung des Wirtschaftsplanes;
Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 17.08.2007
Drucksache 235/2007

Abgeordneter Jörg-Michael Müller (CDU) erinnert den Landrat an eine Aussage, die er im Zusammenhang mit der Schulumlage gemacht hat, nämlich: „Wer zahlt, redet mit“. Was heißt das? Dass diejenigen, die die Schulumlage bezahlen sollen, auch mitreden. Und damit sie wissen, was sie zu zahlen haben, benötigen sie den Haushalt. Dies gilt auch für die Kreisumlage. Es gibt aber auch noch andere Gründe dafür zu plädieren, dass der Wirtschaftsplan nun endlich einmal rechtzeitig eingebracht wird, nämlich das man in eine strukturierte Diskussion kommt. Der Landrat leidet noch unter der Last der Vergangenheit und mit „dem frischen Wind aus dem Westerwald“ ist es auch in diesem Jahr noch nicht richtig gelungen, den Wirtschaftsplan rechtzeitig vorzulegen. Nach dem Haushaltsrecht ist der Kreis dazu gezwungen, den Wirtschaftsplan im Monat vor Beginn des Haushaltsjahres vorzulegen. Er kann nicht nachvollziehen, warum dies nicht möglich ist. Auf die Begründung warum dies nicht geht, ist er gespannt, denn es gibt keine Zahl, die man nicht auf die Zukunft projektieren kann. Wenn die Zahl dann falsch sein sollte, besteht immer noch die Möglichkeit, diese per Nachtrag zu korrigieren. Sinn dessen, den Wirtschaftsplan im Dezember vorzulegen ist der, dass sich das Parlament Gedanken über die politische Generalrichtung macht um dem Kreisausschuss die Eckpunkte seiner Arbeit vorzugeben. Auf die Problematik der verspäteten Einbringung bis hin zur Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde geht er näher ein. Die Kommunen brauchen Planungssicherheit. Diese erhält man nur, wenn rechtzeitig bekannt ist, worüber man zu diskutieren hat. Hinzu kommt, dass der Regierungspräsident Vorgaben bezüglich der Kreisumlage gemacht hat und da dies ein wesentlicher Faktor des Wirtschaftsplanes ist, kann es nicht so schwer sein, den Wirtschaftsplan im Dezember diesen Jahres einzubringen, zumal sämtliche Rahmenbedingungen feststehen, außer 2 % der Ausgaben, die noch nicht feststehen, die gegebenenfalls in einem Nachtrag angepasst werden können. Der Landrat sollte sich einen Ruck geben und den Wirtschaftsplan in der Dezembersitzung einbringen.

Abgeordneter Schmidt (FDP) hält die Situation, in der man sich momentan befindet, für nicht optimal. Nicht nur wegen der Kreisumlage sondern wegen dem Prozedere überhaupt. Es ist davon auszugehen, dass erst Mitte nächsten Jahres der genehmigte Wirtschaftsplan vorliegt. Dennoch macht es wenig Sinn, heute darüber zu beschließen, im Dezember den Wirtschaftsplan einzubringen, weil dann die vorgegebene zeitliche Abfolge nicht mehr gewährleistet ist. Er beantragt, dass der Landrat in der nächsten Sitzung des Haupt-, Finanz- und Organisationsausschusses berichtet, wie er sicherzustellen gedenkt, dass für das Wirtschaftsjahr 2009 der

Wirtschaftsplan so rechtzeitig eingebracht und beraten wird, dass er auch zu Beginn des Jahres 2009 wirken kann.

Landrat Schuster (SPD) meint, dass durch die Tatsache, dass man den Haushalt 2007 erst spät in diesem Jahr verabschieden konnte, zeitlich in Verzug geraten ist. Auch die Personaldecke lässt es nicht zu, dies alles zu kompensieren. Von den Kapazitäten her ist die vorgesehene Einbringung der frühest möglicher Zeitpunkt zur Einbringung des Haushalts. Der Fahrplan für die Einbringung des Haushaltes 2009 sieht vor, diesen am 01.12.2008 einzubringen, so dass frühzeitig die Planungsdaten für die Kreis- und Schulumlage im Oktober 2008 unter dem Vorbehalt der Zustimmung durch die Entscheidungsgremien vorliegen. Dieses Jahr hängt man hinterher und er bittet um „milde Bestrafung“.

Vorsitzende Müller macht deutlich, dass der CDU-Antrag vom 17. August datiert und der darin enthaltene Beschlussvorschlag, den Wirtschaftsplan noch im November 2007 einzu-bringen, überholt ist. Es kann also nur noch der 03. Dezember gemeint sein. Sie fragt, ob Konsens darüber besteht, den von der FDP eingebrachten Ergänzungsantrag mit in den Hauptantrag aufzunehmen.

Fraktionsvorsitzende Hartmann (SPD) bittet getrennt abstimmen zu lassen.

Vorsitzende Müller lässt daraufhin zunächst über den Änderungsantrag der FDP, der folgenden Wortlaut hat, abstimmen:

„Der Kreistag fordert Landrat Schuster als Kämmerer auf, im Haupt-, Finanz- und Organisationsausschuss zu berichten, wie für 2009 rechtzeitig der Wirtschaftsplan vorgelegt werden kann“.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig ohne Stimmenthaltungen zugestimmt.

Danach lässt **Vorsitzende Müller** über den Ursprungsantrag der CDU-Fraktion (Drucksache Nr. 235/2007 abstimmen, der folgenden Wortlaut hat.

Der Kreistag fordert Landrat Schuster als Kämmerer auf, dafür Sorge zu tragen, dass der Wirtschaftsplan gemäß den gesetzlichen Bestimmungen spätestens im November 2007 eingebracht wird, damit dieser im Dezember verabschiedet und im zeitigen Frühjahr durch die Aufsichtsbehörde genehmigt werden kann.

Abstimmungsergebnis: 32 Ja-Stimmen (31 CDU, 1 Abgeordneter Sattler, parteilos),
41 Nein-Stimmen (28 SPD, 8 FWG, 5 Bündnis 90/
Die Grünen),
3 Stimmenthaltungen(FDP).

Damit ist der Ursprungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Zu TOP 11
Regionalkreis;
Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 17.08.2007
Drucksache 236/2007

Fraktionsvorsitzender Irmer (CDU) nimmt Bezug auf öffentliche Erklärungen von SPD-Landtagsabgeordneten, die das Thema Regionalkreis aktualisieren. Diese fordern Regionalkreise einzurichten, mit der Folge, dass letzten Endes die bestehenden Kreise aufgelöst werden. Daher hat seine Fraktion eine entsprechende Resolution eingebracht, die sich dagegen ausspricht, einen Regionalkreis Mittelhessen, so wie er tendenziell angedacht ist und rund 1 Millionen Einwohner umfasst, zu bilden. Er erinnert in diesem Zusammenhang an den alten Lahn-Dill-Kreis mit den ehemaligen Landkreisen Dillenburg, Wetzlar und Gießen und den damit verbundenen Schwierigkeiten. Jetzt einen Kreis zu planen, der noch darüber hinausgeht, hält er für falsch. Auf die damit verbundenen Schwierigkeiten geht er näher ein, wie beispielsweise die Identifikation des Bürgers zum Landkreis. Dies zeigt alleine schon die geringe Wahlbeteiligung. Je größer ein solches Gebilde wird, desto anonym ist es. Gerade in Zeiten der Globalisierung sollte man versuchen, den Menschen ein Stück Heimat oder Identifikation zu geben. Bei einem Großkreis von rund 1 Millionen Einwohner ist diese Identifikation nicht mehr möglich. Auch die Bürgernähe würde bei einem solch großen Gebilde leiden. Viele Gebietsreformen sind in der guten Absicht entstanden, mehr Effizienz zu erzielen und Kosten zu sparen. Die Wirklichkeit spricht aber eine andere Sprache. Daher ist auch unter diesem Aspekt ein Großkreis die falsche Lösung. Er bittet daher um Zustimmung zur Resolution.

Landrat Schuster (SPD) verweist auf eine heute ausgeteilte Tabelle – Quelle ist der Deutsche Landkreistag – zum Schuldenstand der Landkreise insgesamt und der kreisangehörigen Gemeinden. Wer sich für den Erhalt der Landkreise ausspricht, hat sich darum zu kümmern, dass diese Tabelle künftig anders aussehen wird, damit man in der Lage ist, die Aufgaben zu erfüllen. Auch er hält große Einheiten für einen Tanker, der nicht gesteuert werden kann und schon gar nicht ehrenamtlich. Dennoch muss man sich Gedanken machen über eine Reform. Bei der Gebietsreform 1977 hat Deutschland eine Struktur bekommen, die sich nicht angepasst hat. Er geht in diesem Zusammenhang auf den dreistufigen Verwaltungsaufbau näher ein. Nach der Gebietsreform wurde keine Verwaltungsreform umgesetzt und aus seiner Sicht gibt es nach wie vor zu viele Instanzen. Ob es notwendig ist, eine Untere- und Obere Bauaufsichtsbehörde oder Naturschutzbehörde zu haben, versieht er mit einem Fragezeichen. Eine Diskussion über die Verwaltungsreform hält er für notwendig. In erster Linie identifizieren sich die Bürger mit ihrer Stadt oder Gemeinde, wobei der Kreis schon ein Stück weit weg ist. Eine Diskussion über eine strukturierte Verwaltungsreform wird erst dann aufhören, wenn man in der Lage ist, sich selbst zu finanzieren. Wenn man die Kreise so finanziell ausstattet, dass sie sich selbst verwalten und regieren können, wird eine unnötige Diskussion über Kreise von selbst beendet.

Fraktionsvorsitzende Kornmann (FDP) erklärt, warum sich ihre Fraktion an der Abstimmung nicht beteiligen wird. Es liegt kein konkreter Antrag zu einer Verwaltungs- bzw. Gebietsreform vor und wie der Landrat angekündigt hat, geht es um eine Verwaltungsreform. Und wenn er darüber später eine Vorlage unterbreitet, wird man auch darüber abstimmen.

Da weitere Wortmeldungen nicht mehr vorliegen, lässt **Vorsitzende Müller** über die Drucksache Nr. 236/2007, die folgenden Wortlaut hat, abstimmen:

Der Kreistag des Lahn-Dill-Kreises spricht sich gegen Überlegungen heimischer SPD-Politiker aus, die Landkreise abschaffen zu wollen.

Abstimmungsergebnis: 32 Ja-Stimmen (31 CDU, 1 Abgeordneter Sattler, parteilos),
41 Nein-Stimmen (28 SPD, 8 FWG, 5 Bündnis 90/Die Grünen).
keine Stimmenthaltungen

Damit ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Anmerkung:

Die FDP hat bei der Abstimmung nicht teilgenommen.

Zu TOP 12

Bewilligung von überplanmäßigen Aufwendungen im Rahmen der laufenden Standsicherheitsprüfung bei Schulgebäuden
Drucksache 271/2007

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Der Kreistag des Lahn-Dill-Kreises beschließt:

1. Zur Durchführung unvorhergesehener und abweisbarer Untersuchungs- und Sanierungsmaßnahmen an schulischen Liegenschaften im Rahmen der laufenden Standsicherheitsüberprüfung bewilligt der Kreistag gem. § 114g Abs. 1 HGO in Verbindung mit § 52 Abs.1 HKO überplanmäßige Aufwendungen im Teilhaushalt der Abteilung Bildung und Liegenschaften (31) in Höhe von insgesamt 2 Mio. €.
2. Der Kreisausschuss wird beauftragt, den Ausschüssen für Bildung, Jugend und Familie, Bauen und Gebäudemanagement sowie dem Haupt-, Finanz- und Organisationsausschuss über den Fortgang der Standsicherheitsprüfung sowie der daraus resultierenden Sanierungsmaßnahmen zeitnah zu unterrichten.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 76, Nein-Stimmen: 0, Stimmenthaltungen: 0

ohne Enthaltungen einstimmig zugestimmt

Zu TOP 13

Erich-Girolstein-Schule als "PPP-Projekt" auf dem Erdbeerfeld;
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD, FWG, B90/Die Grünen und FDP vom 30.09.2007
Drucksache 272/2007

Diese Vorlage wurde zurückgezogen.

Zu TOP 14

Nachwahl eines/einer stellvertretenden Kreistagsvorsitzenden

Vorsitzende Müller bringt in Erinnerung, dass der Abgeordnete Manfred Rompf (Bündnis 90/Die Grünen) aus dem Kreistag ausgeschieden ist. Herr Rompf hatte die Funktion eines stellvertretenden Kreistagsvorsitzenden inne. Durch sein Ausscheiden ist diese Funktion vakant. Er liegt ein

Wahlvorschlag von Bündnis 90/Die Grünen vor. Vorgeschlagen wird der Nachfolger von Herrn Rompf im Kreistag, Herr Knut Letzel.

Weitere Wahlvorschläge gibt es auf Befragen **der Vorsitzenden Müller** nicht.

Abgeordneter Steinruck (CDU) bemerkt, dass es zwar üblich ist, nach dem Vorschlagsrecht nicht weiter zu diskutieren oder Stellung dazu zu nehmen. Seine Fraktion wird in diesem Fall eine Ausnahme machen und dem Zuschlag nicht zustimmen, und zwar aus zwei Gründen. Seine Fraktion hat sich gegen die willkürliche Verkleinerung oder Vergrößerung von Gremien des Kreistages zu Beginn dieser Legislaturperiode ausgesprochen, ohne Erfolg. Seine Fraktion wird deswegen der Vergrößerung in diesem Bereich nicht zustimmen. Und als der Name für den Kandidaten genannt wurde, gab es in der Fraktion erhebliche Auseinandersetzungen und Klagen speziell gegen diesen Kandidaten. Im Rahmen des Wahlkampfes gab es im Heimatbereich des Kandidaten Auseinandersetzungen, die für viele seiner Fraktionsmitglieder und anderen Parteimitgliedern verletzend waren, so dass sich seine Fraktion entschlossen hat, ganz besonders bei diesem Kandidaten nicht zuzustimmen.

Vorsitzende Müller geht auf das Prozedere der Wahl ein. Sie ist nach Stimmenmehrheit vorzunehmen und wenn jemand widerspricht, kann durch Zurufen oder Handaufheben abgestimmt werden.

Auf Befragen werden keine Einwände gegen eine offene Abstimmung erhoben, so dass **Vorsitzende Müller** durch Handaufheben abstimmen lässt. Sie richtet die Frage an die Anwesenden, wer dem vorgeschlagenen Bewerber Knut Letzel als stellvertretenden Kreistagsvorsitzenden seine Zustimmung gibt.

Abstimmungsergebnis:	43 Ja-Stimmen	(28 SPD, 8 FWG, 4 Bündnis 90/ Die Grünen, 3 FDP),
	31 Nein-Stimmen	(CDU),
	2 Stimmenthaltungen	(Abgeordneter Letzel, Bündnis 90/ die Grünen, und Abgeordneter Sattler, parteilos).

Damit ist Abgeordneter Knut Letzel mit mehr als der Hälfte der gültigen Stimmen als stellvertretender Kreistagsvorsitzender gewählt.

Vorsitzende Müller fragt Abgeordneten Letzel, ob er die Wahl annimmt.

Abgeordneter Letzel (Bündnis 90/Die Grünen) nimmt die Wahl an.

Zu TOP 15

Nachwahl von Mitgliedern des Personalrates in die Betriebskommission des Eigenbetriebes Abfall- und Energiewirtschaft Lahn-Dill (AEWLD)

Drucksache 248/2007

Der Kreistag wählt auf Vorschlag des Personalrates des Eigenbetriebes gem. § 6 Nr. 1 c und Nr. 2 der Betriebssatzung als Nachfolger für Frau Christina Schäfer

als Stellvertreter für die beiden in die Betriebskommission gewählten
Personalratsmitglieder

**Herrn Michael Bill,
Am Schwalbengraben 3
35584 Wetzlar**

in die Betriebskommission des Eigenbetriebes Abfall- und Energiewirtschaft Lahn-Dill (AEWLD).

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 76, Nein-Stimmen: 0, Stimmenthaltungen: 0

ohne Enthaltungen einstimmig zugestimmt

Zu TOP 16

Aufhebung der Grundschule Kraftsolms / Kröffelbach gem. § 146 HSchG
zum 31. Juli 2007
Drucksache 241/2007

Da Wortmeldungen nicht vorliegen, lässt **Vorsitzende Müller** über die Ziffer 1.2 und 1.3 des Beschlussvorschlages (Drucksache Nr. 241/2007) abstimmen:

- 1.2 Der Kreistag beschließt die Aufhebung des Schulstandortes Kraftsolms / Kröffelbach gem. §146 HSchG zum 31. Juli 2007 und beauftragt die Verwaltung, die Zustimmung zu diesem Beschluss beim Hessischen Kultusministerium zu beantragen.
- 1.3 Der Kreistag beauftragt den Kreisausschuss, nach Genehmigung des unter 1.2 genannten Beschlusses durch das Hessische Kultusministerium eine Änderung der Schulbezirkssatzung spätestens zum Schuljahresbeginn 2008/09 vorzubereiten.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 76, Nein-Stimmen: 0, Stimmenthaltungen: 0

ohne Enthaltungen einstimmig zugestimmt

Zu TOP 17

Tariftreueerklärung bei Auftragsvergaben der Eigenbetriebe;
Antrag von SPD, FWG und Bgo/Die Grünen vom 09. Februar 2007
Drucksache 53/2007

Abgeordneter Aurand (SPD) hält dieses Thema für eine wichtige Angelegenheit, weil Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die sich in einem Beschäftigungsverhältnis befinden, auch davon leben können müssen. Es ist bekannt, dass der Handel, das Handwerk, der Mittelstand, einem erheblichen Konkurrenzdruck ausgesetzt ist. Es sind Dumpinglöhne an der Tagesordnung, die durch ein Tariftreuegesetz eingedämmt werden können. Vor zwei Jahren noch hat sich die Hessische

Landesregierung vor solch einem Tariftreuegesetz gesperrt. Dies ist insoweit Geschichte, als der Hessische Ministerpräsident mit den Gewerkschaften eine Verständigung erzielt und auch die Landtagsmehrheit ein entsprechendes Gesetz verabschiedet hat. Insbesondere die kreiseigenen Gesellschaften und Eigenbetriebe sollen ebenfalls von dieser Regelung profitieren. Er möchte folgenden Ergänzung in dem Antrag aufgenommen haben:

„Der Kreistag des Lahn-Dill-Kreises möge beschließen, dass nach Inkrafttreten des Hessischen Tariftreuegesetzes künftig bei der Vergabe.....“.

Abgeordneter Jörg-Michael Müller (CDU) hält die Tariftreueerklärung vergaberechtlich für sehr kompliziert. Berücksichtigt man dann noch europäische Grundsätze, wird die Angelegenheit sehr komplex. Nach welchem Tarif sollte die Tariftreueerklärung abgegeben werden? Wird beispielsweise der französische Dienstleister für Malerleistungen in Deutschland nach deutschem Tarifrecht beurteilt oder nach seinem vor Ort befindlichen Tarifvertrag? Der Lahn-Dill-Kreis würde durch seine Entscheidung vor die außergewöhnliche Frage gestellt, bei jeder Klage, die künftig von einem europäischen Anbieter erfolgt, zu prüfen, ob künftig solche Leistungen überhaupt noch vergeben werden können. Fakt ist, dass das Ziel, durch eine Tariftreueerklärung, wie gedacht, Lohndumping zu verhindern, nicht erreicht werden kann. Hinsichtlich der Abgabe einer Tariftreueerklärung für die Eigenbetriebe oder Gesellschaften ist der Kreistag nicht zuständig und kann dies lediglich als Wunsch formulieren. Seine Fraktion ist der Auffassung, dass eine Tariftreueerklärung so nicht funktioniert, jedenfalls nicht ohne weitergehende gesetzliche Vorgaben. Er schlägt als Kompromiss vor, den Kreisausschuss prüfen zu lassen, in wie weit eine Tariftreueerklärung umsetzbar ist. Er formuliert folgenden Änderungsantrag:

„Der Kreisausschuss wird aufgefordert, dass künftig bei der Vergabe der Aufträge der Eigenbetriebe bzw. der Gesellschaften des Lahn-Dill-Kreises die am Vergabeverfahren beteiligten Firmen und Dienstleister eine Tariftreueerklärung abgeben müssen. Ohne Vorlage einer Tariftreueerklärung der bietenden Firmen sind diese vom weiteren Fortgang der Auftragsvergabe auszuschließen und im Haupt-, Finanz- und Organisationsausschuss die Umsetzungsmöglichkeiten darzustellen“.

Damit käme es zu einer vernünftigen Diskussion im entsprechenden Ausschuss.

Vorsitzende Müller richtet die Frage an die antragstellenden Fraktionen, ob sie die vorgeschlagene Ergänzung im Antrag mit aufnehmen können.

Fraktionsvorsitzende Hartmann (SPD) bittet um kurze Sitzungsunterbrechung, um sich mit ihrer Fraktion abstimmen zu können.

Vorsitzende Müller unterbricht daraufhin für zwei Minuten die Kreistagssitzung.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung erklärt **Fraktionsvorsitzende Hartmann (SPD)** auf Befragen der **Vorsitzenden**, dass keine Bereitschaft besteht, den Änderungsantrag mit aufzunehmen und es somit bei dem Antrag ergänzt durch die Ausführungen des Abgeordneten Aurand, bleibt.

Vorsitzende Müller lässt daraufhin zunächst über den von Abgeordneten Jörg Michael Müller (CDU) eingebrachten Änderungsantrag der CDU-Fraktion abstimmen:

Abstimmungsergebnis: 36 Ja-Stimmen	(31 CDU, 3 FDP, 1 Abgeordneter Sattler, parteilos, 1 SPD, Abgeordneter Froneberg),
39 Nein-Stimmen	(26 SPD, 8 FWG, 5 Bündnis 90/Die Grünen),
1 Stimmenthaltung	(Abgeordneter Bergfeld, SPD).

Damit ist der Änderungsantrag der CDU-Fraktion mehrheitlich abgelehnt.

Vorsitzende Müller lässt alsdann über den Ursprungsantrag, ergänzt mit der Passage „nach Inkrafttreten des Hessischen Tarifreuegesetzes“, der nunmehr folgenden Wortlaut hat, abstimmen:

Der Kreistag des Lahn-Dill-Kreises beschließt, dass mit Inkrafttreten des Hessischen Tarifreuegesetzes künftig bei der Vergabe der Aufträge der Eigenbetriebe bzw. der Gesellschaften des Lahn-Dill-Kreises die am Vergabeverfahren beteiligten Firmen und Dienstleister eine Tarifreueerklärung abgeben müssen. Ohne Vorlage einer Tarifreueerklärung der bietenden Firmen sind diese vom weiteren Fortgang der Auftragsvergabe auszuschließen.

Abstimmungsergebnis: 40 Ja-Stimmen (27 SPD, 5 Bündnis 90/Die Grünen, 8 FWG),
34 Nein-Stimmen (31 CDU, 3 FDP),
2 Stimmenthaltungen (Abgeordneter Sattler, parteilos, Abgeordneter Bergfeld, SPD).

Damit ist dem ergänzten Ursprungsantrag mehrheitlich zugestimmt.

Zu TOP 18

Turnhalle Freiherr-vom-Stein-Schule;
Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 16.04.2007
Drucksache 124/2007

Kreistagsvorsitzende Müller erinnert, dass der Kreistag den Antrag in seiner Sitzung am 02. Juli zur weiteren Behandlung in den Haupt-, Finanz- und Organisationsausschuss überwiesen hat. Die Beratung dort hat am 17. Oktober stattgefunden.

Ausschussvorsitzender **Hartmut Müller (CDU)** verzichtet auf einen Bericht.

Fraktionsvorsitzender Irmer (CDU) erklärt, bei dem Antrag geht es in erster Linie um die Frage, wie die Vereine, die die Turnhalle der Freiherr-vom-Stein-Schule bisher genutzt haben, die Halle in Zukunft nutzen, nachdem sie kurzfristig erfahren mussten, dass die Halle eigentlich für ihre Sportzwecke gesperrt ist. Punkt 4 in dem Antrag der CDU ist offen geblieben. Der Kreistag bestätigt seine Absicht, sowohl die Ein-Feld-Halle als auch die derzeit im Bau befindliche Drei-Feld-Halle unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. Diese Aussage deckt sich mit dem, was der Kreistag mehrheitlich vor etwa einem Jahr beschlossen hat. Auf der Grundlage dieser Vorlage hat man heute den Einstieg in die Hallenbenutzungsgebühren und das ist mit der CDU nicht zu machen.

Es handelt sich hier um einen Rechtsverstoß in doppelter Hinsicht. Der Kreistag hat beschlossen, in dieser Legislaturperiode keine Hallenbenutzungsgebühren zu erheben. Auf das Jahr gerechnet handelt es sich um eine Gebühr von rund 80.000 Euro und das wäre mit dem Beschlossenen nicht vereinbar und es liegt ein Rechtsverstoß gegen § 1 des öffentlich rechtlichen Vertrages des Kreises mit der Stadt Wetzlar vor. Er zitiert aus dem Vertrag:

§ 6:

„Der Lahn-Dill-Kreis verpflichtet sich, anstelle der für seinen Eigenbedarf benötigten Zwei-Feld-Sporthalle eine Drei-Feld-Sporthalle zu errichten. Der Lahn-Dill-Kreis wird diese Sporthalle außerhalb der schulischen Nutzungszeiten dem Vereinssport der in Wetzlar ansässigen Sportvereine auf der Grundlage der für den Lahn-Dill-Kreis geltenden Sporthallenrichtlinien und Hallenvergaberichtlinien zur Verfügung stellen.“

Die Parteien sind sich einig darüber, dass die Nutzung durch die in Wetzlar ansässigen Vereine während der Laufzeit des PPP-Projektes (25 Jahre ab Inbetriebnahme) insoweit kostenfrei erfolgt, als der Lahn-Dill-Kreis weder Mietkosten noch allgemeine Verwaltungskosten erheben wird.“

In § 8 geht es um die Benutzungszeiten.

„Den Vereinen stehen die Sportanlagen von Montag bis Freitag nach der Schulzeit in der Regel ab 16:30 Uhr für den Übungsbetrieb zur Verfügung. Die Benutzungszeit endet täglich um 22:00 Uhr, bei Bedarf mit Antrag um 23:00 Uhr. Samstags von 13:00 bis 22:00 Uhr sowie sonntags von 08:00 bis 20:00 Uhr stehen die Sportanlagen den Vereinen, Verbänden für die Durchführung von Meisterschaften, Wettkämpfen zur Verfügung.“

§ 3 der Beurkundung:

„Der Käufer (Lahn-Dill-Kreis) verpflichtet sich gegenüber dem Verkäufer (Stadt Wetzlar) für die Dauer von 25 Jahren ab Inbetriebnahme der Sporthalle diese außerhalb der schulischen Nutzungszeiten für Zwecke des Vereinssports den in der Stadt Wetzlar ansässigen Sportvereinen auf der Grundlage der für den Lahn-Dill-Kreis geltenden Sporthallenrichtlinien und Hallenvergaberichtlinien zur Verfügung zu stellen, soweit der Schulsport dadurch nicht beeinträchtigt wird.“

Daraus ergibt sich eindeutig, dass die Drei-Feld-Halle an Wochenenden den in Wetzlar ansässigen Vereinen unentgeltlich für den Wettkampfsport zur Verfügung gestellt werden muss, alles andere ist Vertragsbruch gegenüber der Stadt Wetzlar. Zu dem Argument, dass die Halle nicht Eigentum des Lahn-Dill-Kreises ist, ist zu sagen, dass sich der Kreis gegenüber der Stadt Wetzlar verpflichtet hat, die Halle unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. Für die CDU-Fraktion gilt der alte lateinische Grundsatz „Pakta Sunt Sacra“ (Verträge sind einzuhalten) und deshalb bittet er, im Interesse des Vereinssportes und des Ehrenamtes der Stadt Wetzlar dem letzten Passus des Antrages zuzustimmen.

Landrat Schuster (SPD) betont, dass es sich durch „PPP“ um keine kreiseigene Halle handelt. Erst in 26 Jahren wird sie dem Kreis gehören. Er hat heute ein Schreiben von einem Anwalt erhalten, in welchem es um das inzwischen schon nicht mehr aktuelle Thema der Verlagerung der Erich-Girolstein-Schule im Bereich des „Erdbeerfeldes“ geht. Der Anwalt vertritt zwei Mandanten, die vorsorglich Einspruch eingelegt haben. Die gleichen Mandanten waren auch seinerzeit anwaltlich vertreten, als es darum ging, das Projekt „PPP Freiherr-vom-Stein-Schule / Pestalozzischule“ am Standort „Erdbeerfeld“ zu errichten. Das hat dazu geführt, dass die Stadt Wetzlar als Träger der Bauleitplanung darauf hingewirkt hat, dass die Nutzung der Drei-Feld-Halle an Wochenenden nicht erwünscht ist. In Absprache zwischen Dr. Ihmels und Herrn Dette entstand das Anforderungsprofil der Nutzung Montag bis Freitag 22:00 Uhr. Aufgrund dieser Tatsache wurde der „PPP-Vertrag“ beschlossen. Von Hallenbenutzungsgebühren kann nicht die Rede sein, weil der Lahn-Dill-Kreis nicht Eigentümer der Halle ist. Er weist darauf hin, dass der RSV Lahn-Dill die Europameisterschaft in der Arena veranstaltet hat und 100.000 Euro Miete entrichten musste. Er erinnert an den Sinn des „PPP-Modells“. Die Stadt Wetzlar hat dem Lahn-Dill-Kreis ein Grundstück zur Verfügung gestellt im Wert von 574.000 Euro. Wenn man den Satz von nur 35,00 Euro annimmt, ist das Entgelt, was der Lahn-Dill-Kreis an „Jago“ zahlt, höher. Der Lahn-Dill-Kreis zahlt also mehr als das Doppelte des Grundstückswertes an die Stadt Wetzlar für den Vereinssport. Allein die Kosten für das dritte Hallenfeld und die Bewirtschaftungskosten für 25 Jahre ergeben einen Betrag von 2,5 Millionen Euro.

Er betont nochmals, dass der Lahn-Dill-Kreis keine Hallenbenutzungsgebühren erhebt. Es steht der Stadt Wetzlar frei, 80.000 Euro an „Jago“ zu überweisen und die Halle ihren Vereinen kostenlos zur Verfügung zu stellen. Die Hallenbenutzungsrichtlinien des Lahn-Dill-Kreises sagen aus, dass der Übungs- und Wettkampfsport von montags bis freitags geregelt ist, die entsprechenden

Kapazitäten sind vorhanden. Allerdings besteht kein Anspruch, auf jede Halle samstags und sonntags zugreifen zu können.

Er kritisiert, dass Herr Irmer in der Sitzung des Haupt-, Finanz- und Organisationsausschusses aus einem vertraulichen Protokoll der Dezernentenrunde Stadt Wetzlar – Lahn-Dill-Kreis zitiert hat. Selbst wenn solche Protokolle zugespielt werden, sollte ein Landtagsabgeordneter etwas mehr Verantwortungsgefühl zeigen. Auch die Stadt Wetzlar ist darüber empört. Dies sind mit Sicherheit keine vertrauensbildenden Maßnahmen für vertrauensvolle Gespräche. Wer etwas erreichen will, der muss auch das Wort „Anstand“ buchstabieren können. Gemeint ist nicht der, der vertrauliche Protokolle liest, sondern der sie weitergibt

Abgeordneter Joachim Schmidt (FDP) stellt fest, dass man eine Gemengelage hat, die heute nicht klarer geworden ist. Er hält es für problematisch in die Diskussion einzubringen, dass die Stadt Wetzlar verantwortlich für den Zustand ist, den man jetzt hat, nämlich das die Stadt Wetzlar aus Baurechtsgründen den Wochenendbetrieb gar nicht wollte. In der Sitzung des Haupt-, Finanz- und Organisationsausschusses hat er gebeten, den Gesprächsvermerk auf den Bezug genommen wurde, dem Protokoll beizufügen. Dies ist nicht passiert und es wird noch etwas nachgeschoben, was die Bewertung der ganzen Angelegenheit nicht leichter macht. Obwohl der Landrat gesagt hat, dass „PPP“ neu in der Situation ist, erinnert er daran, dass gerade dieses Projekt einen Vorlauf hatte. Zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses mit der Stadt Wetzlar, als man das Grundstück für diesen Bauabschnitt haben wollte, war allen klar, dass das Thema „PPP“ im Raum stand. Das Verfahren ist insofern unsauber gewesen, als nicht alles das, was im Vertrag abgesichert wurde, im Vorfeld diskutiert worden ist. Er geht darauf noch näher ein. Aus der heutigen Sicht ist kaum eine Bewertung der Situation möglich und man wird überlegen müssen, ob zur Erhellung des Tatbestandes ein Akteneinsichtsausschuss Sinn macht. Es gibt drei wesentliche Fakten, nämlich den Vertrag mit der Stadt, die Vereinsförderrichtlinien und das Thema „PPP“.

Fraktionsvorsitzender Irmer (CDU) hält das was der Landrat betreibt für Driedorfer Dialektik, nämlich zu sagen, das ist nicht mehr unsere Halle, daher gibt es keine Hallen-benutzungsgebühren, obwohl die Vereine nach seinen Vorstellungen zahlen sollen. Wenn das Grundstück mit einem Wert von 560.000 Euro und die Unterhaltung mit rund 2,5 Millionen Euro zu Buche schlagen und wenn der Vertrag so schlecht ist, stellt sich die Frage, warum der Vertrag abgeschlossen wurde. Man hätte sagen können, der Vertrag passt uns nicht und Stadt Wetzlar, bezahle mehr. Was der Hinweis auf das Zitieren von Protokollen angeht, macht er deutlich, dass der Landrat eben gesagt hat, die Stadt hätte erklärt, die Nutzung der Hallen an Wochenenden für Wettkämpfe herauszulassen. Er kennt kein offizielles Schriftstück der Stadt, wo dies nur ansatzweise enthalten ist. Also muss dies entweder eine freie Erfindung sein oder der Landrat berichtet aus vertraulichen Gesprächen. Es gibt einen Brief des Oberbürgermeisters vom 29.06.2007 an Herrn Wegracht, worin dieser sagt: „In der kontroversen Diskussion zur oben genannten Thematik wird darauf hingewiesen, dass der Lahn-Dill-Kreis sowohl in dem öffentlich-rechtlichen Vertrag als auch in der notariellen Urkunde sich verpflichtet hat, die Drei-Feld-Halle den Vereinen im Rahmen der Sporthallenbenutzungsrichtlinien zur Verfügung zu stellen. Darin ist der Grundsatz der Kostenfrage freier Vereinsnutzung außerhalb der Schulzeiten, gerade auch an Wochenenden und für Wettkämpfe, ausdrücklich festgelegt“. Er fragt den Landrat wie er zu der Behauptung kommt zu erklären, die Stadt hätte insgeheim gesagt, lass die Wochenenden raus. Er zitiert § 6 des Vertrages „...die Parteien sind sich darüber einig, dass die Nutzung.....kostenfrei erfolgt, als der Lahn-Dill-Kreis weder Mietkosten noch allgemeine Verwaltungskosten erheben wird“. Dies ist der offizielle Vertrag, den der Landrat unterschrieben hat. Wenn der Landrat diesen Vertrag nicht einhalten will, wird er rechtsbrüchig gegenüber der Stadt Wetzlar und gegenüber dem Kreistag, der mit Mehrheit Anderes beschlossen hat, nämlich den Vereinen die Hallen kostenlos zur Verfügung zu stellen. Er fordert den Landrat auf, sich daran zu halten.

Nachdem weitere Wortmeldungen nicht mehr vorliegen, lässt **Vorsitzende Müller** über den letzten Absatz des Beschlussvorschlages, der folgenden Wortlaut hat, abstimmen:

„Der Kreistag bestätigt seine Absicht, dass auch diese Hallen den Vereinen unendgeldlich für die Zukunft zur Verfügung gestellt werden“.

Abstimmungsergebnis: 34 Ja-Stimmen	(30 CDU, 3 FDP, 1 Abgeordneter Sattler, parteilos),
41 Nein-Stimmen	(28 SPD, 8 FWG, 5 Bündnis 90/Die Grünen),
keine Stimmenthaltung.	

Damit ist der letzten Absatz der Beschlussvorlage mehrheitlich abgelehnt.

Zu TOP 19

Schülerbeförderung im Lahn-Dill-Kreis;
hier: Antrag der FDP-Fraktion vom 10.09.2007
Drucksache 256/2007

Abgeordneter Schmidt (FDP) nimmt Bezug auf die Ankündigung des Landrates unter Mitteilungen, dass er die im Antrag gestellten Fragen im Rahmen der Anhörung zur Schülerbeförderung behandeln wird. Dieses Angebot nimmt er gerne an und schlägt zum Verfahren vor, den Antrag im Geschäftsgang zu belassen und nach der Anhörung diesen gegebenenfalls nochmals aufzurufen, wenn sich dazu die Notwendigkeit ergibt.

Abgeordneter Ratz (SPD) regt an, zu der Sitzung des Fachausschusses am 27.11.2007 auch den Haupt-, Finanz- und Organisationsausschuss mit einzuladen.

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Vorsitzende Müller fasst kurz zusammen, dass der Antrag im Geschäftsgang verbleibt und nach der Anhörung am 27.11.2007 bei Notwendigkeit wieder im Kreistag behandelt wird. Ein entsprechendes Signal müsste dann von der antragstellenden Fraktion kommen.

Zu TOP 20

Fortbildung für Bedienstete des LDK und den kreiseigenen Betrieben bei der Lahn-Dill-Akademie;
hier: Prüfung einer Fortbildungsvereinbarung
Antrag der FDP-Fraktion vom 11.09.2007
Drucksache 257/2007

Fraktionsvorsitzende Kornmann (FDP) verweist auf eine bestehende Fortbildungsvereinbarung zwischen den Lahn-Dill-Kliniken und der Lahn-Dill-Akademie, die so vorbildlich ist, dass nach ihrer Auffassung diese auch auf den Kreis und die kreiseigenen Betriebe übertragen werden kann. Bei dem Antrag handelt es sich um einen Prüfungsauftrag, dem sie bittet zuzustimmen.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht mehr vor, so dass **Vorsitzende Müller** über die Drucksache Nr. 257/2007, die folgenden Wortlaut hat, abstimmen lässt:

Der Kreisausschuss wird beauftragt zu prüfen, ob für die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Verwaltung des Lahn-Dill-Kreises und den kreiseigenen

Betrieben eine Fortbildungsvereinbarung mit der Arbeitsgemeinschaft Lahn-Dill-Akademie – Volkshochschule Wetzlar geschlossen werden kann.

Die Vereinbarung sollte nach der Fortbildungsvereinbarung zwischen Arge Lahn-Dill-Akademie – Volkshochschule Wetzlar und den Lahn-Dill-Kliniken erfolgen.

Abstimmungsergebnis: 45 Ja-Stimmen (28 SPD, 8 FWG, 5 Bündnis 90/Die Grünen, 3 FDP, 1 Abgeordneter Sattler, parteilos),
30 Nein-Stimmen (CDU),
keine Stimmenthaltung.

Damit ist der Drucksache Nr. 257/2007 mehrheitlich zugestimmt.

Zu TOP 21

Kindeswohlgefährdung; Vereinbarung zwischen den Jugendamt und den anderen Sozialleistungsträgern
Antrag der FDP-Fraktion vom 11.09.2007
Drucksache 258/2007

Fraktionsvorsitzende Kornmann (FDP) erwähnt einen derzeit in Marburg stattfindenden Prozess, in dem ein Elternpaar für das Verhungern ihres Kindes verantwortlich gemacht werden soll. Dies ist leider kein Einzelfall und wenn man sich das Kinder- und Jugendhilfegesetz anschaut, könnte man der Meinung sein, dass alles bis ins kleinste Detail geregelt ist. Trotzdem gibt es die Fälle „Kevin und Jaqueline“. Sie geht auf die Gesetzesgrundlage des Kinderschutzes im Sozialgesetzbuch ein. Fast alle Jugendämter haben inzwischen interne Verfahren entwickelt und mit ihren Partnern, die Leistungen erbringen, entsprechende Vereinbarungen beschlossen. Der von ihrer Fraktion gestellte Antrag ist weitergehend als der intern gebildete Arbeitskreis zum Kinder- und Jugendschutz. Problematisch ist das Verhältnis zu den anderen Sozialleistungs-trägern. Man muss leider feststellen, dass viele Kinder gar nicht mehr krankenversichert sind, was bedeutet, dass das große Problem der Vorsorge akut wird. Neben den Sozialleistungsträgern ist auch das Verhältnis zu anderen Trägern nicht geregelt. Zu den daraus entstehenden Problemen macht sie weitere Ausführungen. Jeder außerhalb des Jugendhilfegesetzes kann zurzeit Vereinbarungen, Kooperationsformen verbindlicher Art zur Kenntnis nehmen, aber auch dankend ablehnen. Es gibt gute Beispiele dafür, dass eine solche Regelung möglich ist, z. B. in der Stadt Dormagen. Mit dem gestellten Antrag möchte ihre Fraktion Dormagener Verhältnisse schaffen. Bisher war Jugendhilfe nur ein Spieler im Konzert derjenigen, die gesellschaftliche Aufgaben zu übernehmen haben. Die Jugendhilfe ist aber kein Soloinstrument sondern ein Wichtiger, aber nicht der Hauptakteur einer Veranstaltung. Sie regt an, nicht nur problembehaftete Familien sondern alle Familien mit in den Fokus zu nehmen. In ihrem weiteren Redebeitrag geht sie auf die Vorgeschichte zu der Antragstellung ein, nämlich den Vortrag von Prof. Jacobi im Rahmen einer Veranstaltung von "PFAD" im Frühjahr diesen Jahres. Der Antrag ist auch deshalb gestellt worden, weil der Leiter des Jugendamtes in einem Grußwort gesagt hat, dass politische Entscheidungen getroffen werden müssen. Daher sollte man dem Modell Dormagen folgen und mit den Sozialhilfeträgern verbindliche Vereinbarungen treffen, was weit über einen runden Tisch hinausgeht. Sie bittet dem Antrag ihrer Fraktion zuzustimmen. Es ist allerhöchste Zeit zu handeln.

Abgeordnete Petersen (CDU) macht deutlich, der Gesetzgeber spricht von Vereinbarungen, die mit Trägern und Diensten zu treffen sind. Was man will, sind verbindliche Vereinbarungen. Sollte man in diesem Zusammenhang von Verträgen sprechen, sieht ihre Fraktion Beratungsbedarf in den Ausschüssen, weil das Zustandekommen eines Vertrages, ohne Inhalt und Vertragspartner zu

kennen, sich schwierig gestaltet. Sie kommt auf die von Frau Kornmann angesprochenen anderen Träger zu sprechen. Diese Aufzählung ist ihr aus der Forderung ihrer Fraktion zur Bildung eines runden Tisches sehr bekannt. Mit dem Thema hat sich der Jugendhilfeausschuss lange beschäftigt und ist zu dem Entschluss gekommen, eine Einbindung der zu beteiligenden Behörden, Träger, Institutionen und Fachkräften in den bestehenden Vernetzungs- und Abstimmungsgremien zu gewährleisten. Sie hält eine grundsätzliche Diskussion im Ausschuss für notwendig und beantragt daher, den Antrag in die zuständigen Ausschüsse zu überweisen, nämlich in den Jugendhilfeausschuss und den Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration.

Abgeordnete Beimborn (SPD) geht zunächst kurz auf das, was bisher in dieser Richtung geschehen ist, ein. Im Jugendhilfeausschuss am 17. Juni 2007 ist zu diesem Themenkomplex eine ausführliche Darstellung gegeben worden, wie die einzelnen Gesetze in die Tat umgesetzt wurden, welche Institutionen und Fachkräfte zusammenarbeiten und wie Zusammenarbeit geregelt ist. Es gab im Juli eine Klausurtagung, die deutlich gemacht hat, dass noch Defizite gesehen werden. Auch darauf geht sie näher ein. Als großen Bedarf sieht sie das sogenannte Modell der Familienhebammen. Das heißt, dieses Modell geht in Richtung Prävention, nämlich bereits schon in der Schwangerschaft zu schauen und nicht erst zu warten, bis etwas passiert ist. Aus Erfahrung weiß man, dass viel mehr Vertrauen aufgebaut werden kann, als erst zu einem Zeitpunkt, wenn schon etwas geschehen ist. Sie richtet die Bitte an den Landrat, im Bereich der Jugendhilfe das Personal aufzustocken, damit die Arbeit, die notwendig ist, geleistet werden kann. Oftmals betreiben die Mitarbeiter im Jugendamt nur noch Krisenintervention, so dass keine Zeit für Prävention mehr bleibt. Ein entsprechend gestellter Antrag des Jugendhilfeausschusses ist leider nicht so aufgenommen worden, wie sich der Ausschuss es sich gewünscht hätte. Es soll nämlich im Rahmen einer Gesamtorganisationsuntersuchung festgestellt werden, wo Stellenbedarfe und wo Stellenüberhänge bestehen. Der JHA möchte vom Landrat wissen, bis wann eine Bewertung vorliegt und wann die Jugendhilfe mit einer klaren Aussage rechnen kann. Für den Jugendhilfeausschuss ist das Thema Kindeswohlgefährdung ein Dauerthema und nicht mit einem Antrag abzuhandeln. Von daher ist eine entsprechende Arbeitsgruppe eingerichtet worden.

Landrat Schuster (SPD) meint, nachdem der Jugendhilfeausschuss den Hilferuf von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Jugendamtes artikuliert hat, ist man im Vorfeld, auch aufgrund von Belastungsanzeigen einzelner Bediensteter, tätig geworden. Durch den Fall Kevin ist in der Bevölkerung eine stärkere Sensibilität vorhanden, mit der Folge, dass das Jugendamt öfters konfrontiert wird. Diesen Hinweisen wird nachgegangen, was zu einer weiteren Belastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter führt. Im Stellenplan 2008 werden vier zusätzliche Stellen eingestellt und in der kommenden Woche wird der Verwaltungsvorstand eine Organisationsuntersuchung in Auftrag geben, um die Strukturen, auch des Jugendamtes, zu untersuchen. Er geht davon aus, dass bis zum Frühjahr nächsten Jahres aussagekräftige Ergebnisse vorliegen. Im Rahmen der Haushaltsberatungen 2008 wird man dieses Thema parallel begleiten können. Dieses bedeutet allerdings auch einen Konflikt mit dem Regierungspräsidium, das die Reduzierung von Stellen fordert.

Da weitere Wortmeldungen nicht mehr vorliegen, fasst **Vorsitzende Müller** zusammen, dass die CDU einen Antrag zum Verfahren gestellt hat, nämlich die Vorgaben des FDP-Antrages zunächst im Jugendhilfeausschuss und anschließend im Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration zu beraten, das heißt, dass der Antrag zur weiteren Beratung in den Jugendhilfeausschuss und in den Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration verwiesen wird.

Sie lässt über den Änderungsantrag auf Überweisung in die Ausschüsse abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

Ohne Stimmenthaltungen einstimmig zugestimmt.

Wortlaut des FDP-Antrages:

Der Kreisausschuss wird beauftrag, den gesetzlich neu geregelten Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung (§ 8a des KJHG) in einer verbindlichen Vereinbarung zwischen dem Jugendamt und den anderen Sozialleistungsträgern zu treffen.
Neben den Sozialleistungsträgern ist auch das Verhältnis zu anderen Institutionen verbindlich zu regeln.

Vorsitzende Müller macht deutlich, dass im weiteren Verlauf vier Anträge der Abgeordneten Zutt (NPD), die des Saales verwiesen wurden, zu beraten sind. Sie wird diese Anträge aufrufen und die Frage stellen, ob Wortmeldungen dazu gewünscht werden, damit diese Anträge formgerecht beraten werden können. Sie ruft alsdann Tagesordnungspunkt 22 auf.

Zu TOP 22

Folgen der Privatisierung der Deutschen Bahn AG für den Lahn-Dill-Kreis
Antrag der Abgeordneten Doris und Alfred Zutt, NPD, vom 17.09.2007
Drucksache 263/2007

Wortmeldungen liegen nicht vor.

"Der Kreistag des Lahn-Dill-Kreises bittet den Kreisausschuss, sowie die Bevölkerung über die Folgen der Bahnprivatisierung für den Lahn-Dill-Kreis zu informieren. Dies soll zeitnah (vorzugsweise im Oktober- November 2007) im Rahmen einer öffentlichen Informationsveranstaltung geschehen, in der sowohl Befürworter wie Gegner der Bahnprivatisierung ihre Position im Bezug auf den Lahn-Dill-Kreis darlegen."

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig abgelehnt.

Zu TOP 23

Anreize zum Energie- und Wassersparen
Antrag der Abgeordneten Doris und Alfred Zutt, NPD, vom 17.09.2007
Drucksache 264/2007

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Der Kreisausschuss wird beauftragt, ein Konzept für ein Prämiensystem zu entwickeln, das für die Schulen im Lahn-Dill-Kreis Anreize zum Energie- und Wassersparen schafft.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 0, Nein-Stimmen: 75, Stimmenthaltungen: 0

einstimmig abgelehnt.

Zu TOP 24

Beteiligung an dem Zertifizierungsprojekt "Gesundheitsfördernde Schule"
Antrag der Abgeordneten Doris und Alfred Zutt, NPD, vom 17.09.2007
Drucksache 265/2007

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Der Kreistag ruft die Schulen des Lahn-Dill-Kreises auf, sich an dem Zertifizierungsprojekt „Gesundheitsfördernde Schule“ des Hessischen Kulturministeriums zu beteiligen. Die Entwicklung eines gesundheitsfördernden Umfelds in der Schule ist nicht nur ein Garant für gute Gesundheit, sondern auch eine optimale Voraussetzung für den Lernerfolg auch für das spätere Leben außerhalb der Schule. Darüber hinaus kann das Schulprofil durch diese Initiative entscheidend gestärkt werden. Der Kreisausschuss wird beauftragt, bei den Schulen des Lahn-Dill-Kreises für die Durchführung des Projektes zu werben und als Anreiz zur Teilnahme den ersten zwei Schulen in der Schulträgerschaft des Lahn-Dill-Kreises die eine Teilzertifizierung erreichen, gesundheitsfördernde Ausstattung im Wert von 100,00 Euro als Preis zu übergeben.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 0, Nein-Stimmen: 75, Stimmenthaltungen: 0

einstimmig abgelehnt.

Zu TOP 25

Situationsbericht zur Islamisierung des Lahn-Dill-Kreises
Antrag der Abgeordneten Doris und Alfred Zutt, NPD, vom 27.09.2007
Drucksache 268/2007

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Der Kreistag beauftragt den Kreisausschuss, einmal jährlich dem Kreistag einen Situationsbericht über die Islamisierung des Lahn-Dill-Kreises vorzulegen. Ein solcher Bericht hat den Stand der Integration von Muslimen in die deutsche Gesellschaft darzustellen im Hinblick auf die Themenbereiche:

- Praktizierung der Scharia
- Gewaltpotential und Terrorismusgefahr
- Lebensweise und Bildung einer Parallelgesellschaft
- Hassprediger, religiöse Erziehung
- Haltung zum Extremismus
- Zwangsehe, Ehrenmorde
- Menschenrechte
- Gleichberechtigung von Mann und Frau
- Demokratieverständnis, Toleranz

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 0, Nein-Stimmen: 75, Stimmenthaltungen: 0

einstimmig abgelehnt.

Zu TOP 26

Einbruchssicherheit an heimischen Schulen;
Antrag der CDU-Fraktion vom 01.10.2007
Drucksache 273/2007

Abgeordneter Klier (CDU) berichtet, dass in den letzten zwei Jahren seiner Amtszeit in der Johann-Heinrich-von-Alsted-Schule zweimal im Verwaltungstrakt eingebrochen wurde. Die Sachschäden hielten sich glücklicherweise in Grenzen. Er betont, dass der Schulträger relativ zeitnah reagiert und eine Alarmanlage eingebaut hat. Seitdem ist dort nicht mehr eingebrochen worden. In dem Antrag seiner Fraktion geht es nicht um Kritik. Ihm ist bekannt, dass bereits an einer Reihe anderer Schulen Sicherheitsvorkehrungen getroffen wurden. Es geht um einen Berichtsantrag, nämlich eine Zusammenstellung zu erhalten, an welchen Schulen in den letzten fünf Jahren eingebrochen wurde und mit welcher Schadensbilanz und wie viel der Kreis in die Sicherheit der Schulen investiert hat, bzw. was noch geplant ist. Er bittet um Zustimmung zu dem Berichtsantrag.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht mehr vor, so dass **Vorsitzende Müller** über die Drucksache Nr. 273/2007, die folgenden Wortlaut hat, abstimmen lässt:

Der Kreisausschuss wird aufgefordert, im zuständigen Fachausschuss einen Sachstandsbericht zum Thema „Einbruchssicherheit an heimischen Schulen“ zu geben. Dabei wird der Dezernent gebeten darzustellen, welche Schäden in den letzten fünf Jahren an welchen Schulen entstanden sind und welche Sicherheitsmaßnahmen es derzeit gibt bzw. welche künftig geplant sind.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 75, Nein-Stimmen: 0, Stimmenthaltungen: 0

ohne Enthaltungen einstimmig zugestimmt.

Vorsitzende Müller teilt mit, dass der Fraktionsvorsitzende der CDU Herr Irmer darum gebeten hat, die Tagesordnungspunkte 27 und 28 auf die nächste Sitzung des Kreistages zu vertagen. Sie richtet die Frage an die Anwesenden, ob es dagegen Einwände gibt.

Fraktionsvorsitzende Hartmann (SPD) erklärt, dass ihre Fraktion damit nicht einverstanden ist und möchte die weiteren Tagesordnungspunkte behandelt haben.

Vorsitzende Müller ruft alsdann TOP 27 auf.

Zu TOP 27

Resolution zur Schulwahlfreiheit;
Antrag der CDU-Fraktion vom 01.10.2007
Drucksache 274/2007

Fraktionsvorsitzender Irmer (CDU) trägt zunächst den Inhalt des Antrages vor. Dies ist eine klare politische Aussage, die bewusst so getroffen wurde, weil es um die sozialistische Einheitsschule geht. Seine Fraktion möchte verhindern, dass das bei einem nicht ganz auszuschließenden Kurswechsel eintritt. Deshalb muss die Bevölkerung darüber aufgeklärt werden was passiert, wenn ein Kurswechsel käme. Dann hat man die Einheitsschule von der Klasse 1 bis 9. Heruntergebrochen auf die Situation vor Ort im Lahn-Dill-Kreis heißt das, wenn man eine Einheitsschule von der Klasse 1 bis 10 hat, bedeutet dies die Schließung von Grundschulen. Die zweite Voraussetzung ist, um das erzielen zu können, was die SPD will, das weiterführende Schulstandorte geschlossen werden

müssen. Damit werden auch Schulformen geschlossen. Frau Ypsilanti hat öffentlich erklärt, dass es so etwas wie eine Gemeinschaftsschule sein wird, ohne das sie dies genau definieren konnte. So hat z. B. die bildungspolitische Sprecherin der SPD im Landtag erklärt, dass die integrierte Gesamtschule alle anderen Schulformen ersetzen muss. Hat man also doch eine Gesamtschule? Und warum sagt man dies nicht? Wenn man eine Einheitsschule will, bedeutet dies die Auflösung der Förderschulen. Dann ist auch gewollt, dass Schülerinnen und Schüler, die einer besonderen Förderung bedürfen, mit in der Regelschule geschult werden. Das wollen die Lehrverbände mit Ausnahmen der GEW nicht. Und sie haben Recht, weil es sehr unterschiedliche Begabungen gibt. Auf das, was Frau Ypsilanti machen würde, wenn sie die entsprechenden rechnerischen Mehrheiten käme, geht er näher ein. Die Einheitsschule bedeutet aber auch, dass hervorragend funktionierende Haupt – und Realschulen im Lahn-Dill-Kreis abgeschafft werden sollen und in letzter Konsequenz bedeutet dies exakt das gleiche auch für Gymnasien. Nachdem man endlich im Altkreis Wetzlar die Wahlfreiheit eingeführt hat, würde diese durch die Einheitsschule wieder abgeschafft werden. Deshalb wird man den Eltern im Lahn-Dill-Kreis sagen, wenn es eine andere politische Konstellation in Hessen gibt, wird es keine Gymnasien mehr in Herboren, Dillenburg und in Wetzlar mehr geben. Seine Fraktion will, dass Eltern auf der Basis der Eignung ihrer Kinder Schulwahlfreiheit in Anspruch nehmen können. In seinen weiteren Ausführungen kommt er auf das Landtagswahlprogramm der Sozialdemokraten zu sprechen, das eine Einheitsschule mit Einheitsstundentafel, Einheitslehrplänen usw. vorsieht. Diesen sozialistischen Einheitsbrei möchte seine Fraktion nicht. Das infame der Vernebelungstaktik der Sozialdemokraten ist, dass mit dem Schicksal der Kinder gespielt wird.

Vorsitzende Müller unterbricht den Redebeitrag und bittet darum, den Inhalt des Antrages, soweit er die Schullandschaft im Lahn-Dill-Kreis berührt, zu begründen.

Dem hält **Fraktionsvorsitzender Irmer** entgegen, dass er von den Gymnasien Dillenburg, Herboren und Wetzlar gesprochen hat und er möchte deutlich machen, auf welche zynische Art und Weise man versucht, diese Gymnasien zu unterhöheln. Er begründet dies näher. Die Pläne bedeuten eine deutliche Abkehr von dem derzeitigen System der integrierten Gesamtschule, die man im Lahn-Dill-Kreis hat. Der Kultusministerkandidat der SPD hat öffentlich die Gesamtschulen im Lahn-Dill-Kreis kritisiert, in dem er sagt, dass was dort gemacht wird, ist viel zu differenziert. Er will eine Einheitsschule von Eins bis Neun ohne jegliche Differenzierung. Wenn die integrierten Gesamtschulen im Altkreis Wetzlar zu Recht akzeptiert worden sind; dann nur aus einem entscheidenden Grund, weil alle Schulverantwortlichen in den letzten zwei bis drei Jahrzehnten in der Praxis erkannt haben, dass die Grundintension der integrierten Gesamtschule ohne Differenzierung versagt hat. Parteiübergreifend sind ABC-Kurse eingerichtet und möglichst viele Differenzierungen eingebaut worden. In der Klasse Zehn sind schulform-bezogene Abgangsklassen eingerichtet worden, wie auch in der Klasse Neun. Das alles hat mit Einheitsschule wenig zu tun. Alle Untersuchungen, die es bundesweit gibt, die Einheitsschulen vergleichen mit Schulen des herkömmlichen Systems, haben im Klartext bewiesen:

1. Einheitsschulen sind bezüglich der sozialen Kompetenz dem gegliederten Schulwesen unterlegen.
2. Einheitsschulen sind bezüglich der fachlichen Kompetenz den Schulen des gegliederten Systems unterlegen.
3. Die Co-Relation zwischen schulischem Erfolg und sozialer Herkunft ist gerade bei Einheitsschulen größer als bei allen anderen.

Die Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft für sozialdemokratische Bildungspolitik hat in einem Brief an die Kultusminister der SPD erklärt: „Liebe Freunde tut mir einen Gefallen und stimmt Schulvergleichen nicht zu, mit der entwaffnenden Begründung, es ist doch völlig klar was herauskommt. Die Länder die über lange Jahre ein gegliedertes Schulwesen haben, sind im Ergebnis eindeutig denen überlegen, die Einheitsschulsysteme haben“. Das heißt, man weiß was Sache ist

und will zu Lasten der Kinder die Einheitsschulsysteme. Dies ist ein pädagogisches Verbrechen, was seine Fraktion nicht zulässt.

Fraktionsvorsitzende Hartmann (SPD) empfiehlt Herrn Irmer einen Artikel aus dem „Darmstädter Echo“ vom 19. September 2007. Sie zitiert daraus: „Der Ministerkandidat der SPD für das Kultusministerium, Rainer Domisch, sagt dort, ich würde kein Gymnasium abschaffen“. Das was Herr Irmer gesagt hat, sind Gespenster aus den siebziger Jahren, die niemand hören will. Der Artikel spricht auch von einem rauen Umgangston in Wiesbaden. Es ist schade, dass Herr Irmer diesen auch in den Kreistag bringt. Im Lahn-Dill-Kreis gibt es eine Schulformvielfalt. Es ist auch nicht vorgesehen, schulorganisatorische Zwangsmaßnahmen durchzuführen, weder auf Landes-, noch auf Kreisebene. Innerhalb ihrer Fraktion wird über eine bessere und längere Förderung einzelner Schüler und Schülerinnen diskutiert, in denjenigen Schulen, die es auch selber wollen. Herr Irmer hat in seinem Redebeitrag nur über die Landespolitik und nicht über die Kreispolitik gesprochen. Ihre Fraktion bringt auch keine Anträge zum „Monster UG-plus“ und Anderes. Ihre Fraktion sagt auch nicht, dass das Land Hessen die Schulzeitkürzung am Gymnasium abschaffen soll, weil die Schulen darauf nicht vorbereitet wurden und weil das Land nicht ausreichend in die Ganztagsbetreuung investiert und sich nur auf die IZBB-Mittel aus Berlin verlässt. Die Lehrpläne sind im Rahmen von G8 längst überfrachtet. Man sagt auch nicht, dass die Hauptschule längst eine Festschule ist. Dies alles gehört nicht in den Kreistag und von daher lehnt sie diese unsachliche Schuldiskussion von Herrn Irmer ab.

„Um das auszuhalten was hier stattfindet, muss man schon „kerngesund“ sein meint **Abgeordneter Schmidt (FDP)**. Der Ältestenrat macht sich einerseits Gedanken über die Würde des Hauses und andererseits hat man das Gefühl, als säße man in einem bayerischen Bierzelt. Es ist ein Projekt „Demographie- und Schulentwicklung“ auf den Weg gebracht worden, was für ihn eine Zusammenfassung der sachlichen Argumente darstellt und Grundlage für eine Diskussion ist. Man sollte daher nicht mit Polemik aufeinander eindreschen. Wenn man in diesem Projekt versucht, sich Stück für Stück und Schulform für Schulform auf den Weg zu machen, wird man weiterkommen. Dann wird nämlich über dieses Thema auf dieser Basis geredet und nicht darüber, ob ein Gymnasium eine Grundschule oder eine Gesamtschule geschlossen wird. Damit diskreditiert man an sich die Schulzweige. Seine Fraktion zieht sich auf das angestoßene Projekt als sachlichen Hintergrund zurück und wird den CDU-Antrag ablehnen, weil es eine ganz andere vernünftige Basis gibt, um sich mit diesem Thema kreisbezogen auseinander zu setzen.

Fraktionsvorsitzende Öztürk (Bündnis 90/Die Grünen) stimmt den Ausführungen von Herrn Schmidt zu, die Diskussion auf der sachlichen Ebene zu führen. Sie verweist auf die Wortwahl im Antrag und hat sich gefragt, wer die Kommunisten sein sollen, die dort angesprochen wurden. Sie richtet die Bitte an die Vorsitzende, mehr darauf zu achten, dass keine Vermischung der Landes- und Kreispolitik, die Herr Irmer bewusst betreibt, geschieht. Die Diskussionen auf Landesebene laufen anderswo und sollten hier im Kreistag unterbunden werden. Ihre Fraktion wird den Antrag ablehnen.

Fraktionsvorsitzender Ludwig (FWG) hält die Art und Weise, wie versucht wird, eine inhaltliche Grundsatzdiskussion in den Kreistag zu tragen, für nicht hilfreich. Eine Schuldiskussion aus Sicht seiner Fraktion kann nur auf der Basis vernünftiger Sachargumente stattfinden, so wie dies Herr Schmidt ausgeführt hat. Im Rahmen des Landtagswahlkampfes wird versucht, die Suppe aufzukochen, was er nicht für gut heißt. Seine Fraktion wird den Antrag ablehnen.

Fraktionsvorsitzender Irmer (CDU) geht auf das Zitat von Frau Hartmann ein. Herr Domisch hat im Dezember 2005 öffentlich erklärt: „Das Gymnasium ist mit demokratischer Struktur nicht vereinbar“. Weiter wurde von Herrn Domisch im September diesen Jahres geäußert: „Kern seiner Überzeugung ist es, dass das Gymnasium abgeschafft gehört“. Dies ist ein klarer Widerspruch zu dem, was Frau Hartmann gesagt hat. Beide Zitate sind per se richtig und man kann darüber streiten, was Herr Domisch meint. Wenn Frau Hartmann sagt, dass Schulen selbst noch dürfen, dann vergisst

sie im gleichen Atemzug zu sagen, dass Schulen, die das wollen, 20 bis 25 % mehr Lehrerstellen zur Verfügung gestellt bekommen und die anderen Schulen nicht. Dies ist die Unredlichkeit der Argumentation von Frau Hartmann.

Vorsitzende Müller weist Herrn Irmer darauf hin, dass die zur Bereitstellung von Lehrerstellen Sache des Landes ist und hier sollte über Dinge gesprochen werden, die den Kreistag berühren. Sie bittet ihn, die Diskussion in diesem Rahmen zu führen.

Dem hält **Fraktionsvorsitzender Irmer (CDU)** entgegen, wenn die Fraktionsvorsitzende der SPD-Kreistagsfraktion öffentlich erklärt, „die Schulen, die das wollen, die dürfen“, dann ist dies nur die Hälfte der Wahrheit. Es ist sein gutes Recht die andere Hälfte hinzuzufügen. Dann ergibt dies ein komplettes Bild und sieht, was den Lahn-Dill-Kreis angeht, völlig anders aus. Wenn man das will, ist es Aufgabe des Kreistages zu sagen, dass die Schulvielfalt im Lahn-Dill-Kreis erhalten bleiben soll. Er würde sich daher freuen, wenn man der Schulwahlfreiheit zustimmen würde.

Abgeordneter Steinruck (CDU) erinnert an eine vor Jahren zurückliegende Diskussion, wo es um die Frage ging, ob man Schulbezirke für die Förderstufenschulen feststellt oder nicht. Herr Bökel hat damals sehr dafür geworben, jede Schule entwickelt ihr eigenes Profil. Er befürchtet, dass man sehr schnell plant, wo man welche Schule zulässt und wo die Kinder in Zukunft hingehen dürfen. Dies möchte er verhindert wissen. Der Teufel steckt im Detail. Zu dem differenzierten Schulwesen, auch der Förderstufen, macht er nähere Ausführungen. Die damals geführte Schulbezirksdiskussion hat ihm seinerzeit Bauchschmerzen bereitet und er möchte die Auseinandersetzungen nicht mehr haben. Als dann die Differenzierungen in der Schule entwickelt wurden, stand er mit seinem sozialdemokratischen Schulleiter vor einem Dienstaufsichtsverfahren, weil es einigen Sozialdemokraten in der Schule nicht gepasst hat, dass man Differenzierungen in Deutsch nicht durchführen wollte. Er möchte im Vorhinein wissen, was kommt. Dies betrifft den Kreis direkt und diese Wege zeigen sich genauso wieder auf mit denselben Vertretern und denselben Ideen, die damals vorgetragen wurden. Es ist nichts anders geworden.

Hauptamtlicher Kreisbeigeordneter Wegracht (SPD) meint, dass die SPD aus der Schulpolitik gelernt hat und die CDU nicht. Zum Urteil des Verwaltungsgerichtshofes von 1990 führt er aus, dass die Kläger die Klage gegen den Lahn-Dill-Kreis verloren haben. Richtig ist aber auch, dass der Verwaltungsgerichtshof in der Urteilsbegründung etwas Nahe gelegt hat, was aber nicht Gegenstand des Urteils war, nämlich darüber nachzudenken, ob eine nicht ausreichend gegliederte Wahlmöglichkeit entweder in der Schule oder als Alternative zwischen Gesamtschule und einem anderen Angebot im Sinne der Verfassungsinterpretation sinnvoller wäre. Damals ist freiwillig die Eichendorffschule in Wetzlar zu einer kooperativen Gesamtschule umgewandelt worden. Das war damals eine schulorganisatorische, politisch pragmatische Überlegung, wohl wissend, dass durch Intervention oder Drehen an einer kleinen Schraube Veränderungen in den Folgen entstehen können, über die man sich hinterher sehr wundert und die man schulorganisatorisch hinterher nur sehr schwer in den Griff bekommt. Deshalb ist damals die Wahlmöglichkeit geschaffen worden. Das, was die CDU als Schreckgespenst weiß zu machen versucht, dass es angeblich ein Zurück zu Schulbezirksgrenzen geben soll ohne dass es eine Zwangsschule geben soll, ist blühender Unsinn. Leider hat man bei den Resten des Gesamtschulflächenversuchs in Wetzlar feststellen müssen, dass in einem Maß gelogen und betrogen worden ist, dass sich die Balken gebogen haben. Er geht noch näher auf die damalige Situation ein, insbesondere auf die Expertenrunde und das Protokoll daraus. Das Entscheidende, was Rot und Grün gemeinsam mit Herrn Domisch gelernt haben ist, dass man keine Zwangspolitik im Schulbereich durchsetzen kann sondern den Konsens suchen muss. Herr Domisch hat auch gesagt, dass es einen Grundsatz in der finnischen Kultuspolitik gibt, nämlich den Grundsatz, dass Bildung unserer Kinder für parteipolitische Auseinandersetzungen viel zu schade ist. Die Sozialdemokraten haben sich bewegt und klar und deutlich zum Ausdruck gebracht, dass man keine Zwangseinheitsschule oder Zwangsbeglückung aus Wiesbaden will. Er kommt auf die vier Punkte des Antrages zu sprechen.

Zu Ziffer 1 führt er aus, dass es einen Kreistagsbeschluss vom 20. Januar 2003 gibt, der ihm als Chef der Bildungsverwaltung im Lahn-Dill-Kreis das Handeln verbietet. Daher wird er als Schuldezernent dem Kreistag keinen Vorschlag unterbreiten, der diesem Kreistagsbeschluss widerspricht. Den Beschluss braucht man nicht nochmals zu fassen, weil es ihn schon gibt.

Zu Ziffer 3 bemerkt er, dass niemand hier in diesem Haus die Absicht hat, eines der heimischen Gymnasien zu schließen. Man hat sich selbst zur Schulvielfalt und insbesondere den Gymnasien entschlossen und dazu steht man. Daher ist dieser Punkt völlig überflüssig.

Punkt 4 ist eine Plattitüde, weil der Erhalt der Schulformvielfalt genau das ist, was im Schulentwicklungsplan enthalten ist.

Bei Punkt 2 hat er sich gefragt, ob die CDU weiß was sie tut. Es ist genau bekannt, dass es ein novelliertes Schulgesetz gibt (§ 144 a), der etwas über Richtwerte enthält und es gibt einen Artikel 7, nämlich die Übergangsbestimmungen im Schulgesetz, der besagt, dass am 01.01.2010 ein Erlass des Kultusministeriums kommt in dem festgestellt wird, welche Schulstandorte und Schulformen unterhalb der Richtwerte liegen. Wenn der Kreistag diesen Punkt 2 beschließen würde, würde der Artikel 7 der Übergangsbestimmungen greifen. Die Schulen blieben erhalten und der Lahn-Dill-Kreis müsste dem Land die erforderlichen Zusatzkosten erstatten. Dies steht im Schulgesetz des Landes Hessen. Wenn die CDU das will, soll sie dies auch öffentlich sagen. Nach den Prognosen werden bis zum Jahr 2010 zwischen fünf und sieben Schulen unter den Richtwerten liegen und die will die CDU erhalten. Dies ist ein Teil des Inhaltes des Antrages. Wenn dies nicht so ist, sollte das klargestellt werden.

Abgeordneter Ratz (SPD) stellt fest, wenn Sozialdemokraten Bildungspolitik machen, geht die Welt nicht unter. Es wird eine sehr sachliche und ordentliche Bildungspolitik betrieben im Kreis wie auch im Land. Selbst die bedeutendsten deutschen Schulreformer, wie z. B. Wilhelm von Humboldt, waren für ein maximal zweigegliedertes Schulsystem und dies sagen auch die internationalen Studien. Mit dem Konzept sind auf dem richtigen Weg und alle Panikmache sollte vermieden werden.

„Alle im Hause würden sich etwas vormachen, wenn sie sich nicht eingestehen wollten, dass Landespolitik im Bereich der Schulen selbstverständlich Auswirkungen auf jede Schule des Lahn-Dill-Kreises hat und haben wird“, betont **Abgeordneter Klier (CDU)**.

Abgeordneter Hund (CDU) glaubt, dass einige Abgeordnete etwas missverstanden haben, was so nicht beabsichtigt war. In dem Antrag seiner Fraktion soll nicht eine Schulstandortgarantie festgezurr werden für jede und alle Schulen im Lahn-Dill-Kreis. Was man will ist, dass die Vielfalt der Schulen erhalten bleibt. Es hat allen gut getan, dass man in den letzten fünfzehn Jahren keine Schuldebatte geführt hat und seine Fraktion hätte sie nicht losgetreten. Man hört und liest ständig in den Medien, was die SPD verändern will und was Frau Ypsilanti und ihr apostrophierter Bildungsminister von sich gibt. Das ist etwas anderes, als was er unter dualer Schulstruktur versteht. Die Missverständnisse sind nicht durch die CDU sondern durch die Spitzenkandidaten der SPD entstanden, die Verunsicherung erzeugen. Seine Fraktion hat an dem Konzept nichts ändern wollen, außer der Vermehrung von Schulen, die Ganztagsunterricht anbieten. Die Diskussion ist von anderen Seiten losgetreten worden und jetzt wundert man sich, dass das Auswirkungen haben wird, wenn man dem Präventivantrag einmütig zustimmt, dass die Schulstrukturen und die Vielfalt die man hat, erhalten will. Wenn man ständig davon spricht, dass nichts verändert werden soll, kann man dem Präventivantrag doch ohne Bedenken zustimmen.

Da weitere Wortmeldungen nicht mehr vorliegen, lässt **Vorsitzende Müller** über die Drucksache Nr. 274/2, die folgenden Wortlaut hat, abstimmen:

1. Der Kreistag spricht sich für den Erhalt aller Förderschulen im Lahn-Dill-Kreis aus.
2. Er spricht sich für den Erhalt aller heimischen kooperativen und integrierten Gesamtschulen sowie der Haupt- und Realschulen aus.
3. Er lehnt jegliche Absichten ab, die Gymnasien in Dillenburg, Herborn und Wetzlar zu schließen.
4. Der Kreistag spricht sich für den Erhalt der Schulformvielfalt und der damit verbundenen Wahlfreiheit aus. Er lehnt eine Einheitsschule ala „DDR“ ab.

Abstimmungsergebnis: 29 Ja-Stimmen (CDU)
43 Nein-Stimmen (27 SPD, 7 FWG, 5 Bündnis 90/Die
Grünen, 3 FDP, 1 Abgeordneter
Sattler, parteilos),
keine Stimmenthaltungen,

Damit ist die Drucksache Nr. 274/2007 mehrheitlich abgelehnt.

Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit schlägt **Vorsitzende Müller** vor, die Kreistagssitzung zu beenden.

Fraktionsvorsitzende Hartmann (SPD) beantragt, den letzten Tagesordnungspunkt abzu-arbeiten.

Fraktionsvorsitzender Irmer (CDU) zieht den Antrag seiner Fraktion zum Thema „Windräder“, Drucksache Nr. 275/2007, für heute zurück.

Nachdem weitere Wortmeldungen nicht mehr vorliegen schließt **Vorsitzende Müller** die Kreistagssitzung und wünscht einen guten Nachhauseweg.

Elisabeth Müller
Kreistagsvorsitzende

Norbert Grygar
Schriftführer

Datum:
22. Oktober 2007
Unser Zeichen:
11 wa-stu

Anlage 1

Mitteilungen zur Kreistagssitzung am 22. Oktober 2007

- es gilt das gesprochene Wort -

INHALT

Landrat Schuster informiert:

1	Familienatlas.....	- 40 -
2	Bericht über das Gespräch mit der Aufsichtsbehörde am 11.10.2007	- 40 -
3	Philipp-Schubert-Schule / Erich-Girolstein-Schule	- 41 -
4	Standards in der Schülerbeförderung	- 41 -
5	Einführung der leistungsorientierten Bezahlung für die Tarifbeschäftigten	- 42 -
6	Nichtraucherschutz.....	- 42 -
7	Fortbildungsvereinbarung zwischen dem Lahn-Dill-Kreis und der LahnDill-Akademie	- 42 -
8	Zusammenarbeit der mittelhessischen Sparkassen	- 42 -

Erster Kreisbeigeordneter Hofmann informiert:..... - 43 -

9	Einladung zum media-forum 2007	- 43 -
10	Sportförderung 2008	- 43 -
11	Hohe Auszeichnung eines heimischen Unternehmens.....	- 43 -
12	Blauzungenkrankheit.....	- 44 -

Hauptamtlicher Kreisbeigeordneter Wegricht informiert:..... - 44 -

13	Grundschule Kraftsolms/Kröffelbach	- 44 -
----	--	--------

Ehrenamtlicher Kreisbeigeordneter Kaufmann-Ohl informiert:..... - 45 -

14	Behindertenbeirat des Lahn-Dill-Kreises hat erstmals getagt	- 45 -
15	„Miteinander leben – miteinander reden“ - Veranstaltung des lokalen Bündnisses für Familie -	45 -
16	Erfolgreiche Kreispflegekonferenz am 05.10.2007	- 45 -

Landrat Schuster informiert:

Familienatlas

Das Prognos-Institut hat vor einigen Tagen auf den aktuellen Familienatlas aufmerksam gemacht.

Der von Prognos vorgelegte Familienatlas hat bei seiner Bewertung vier Indikatoren untersucht. Zum Einen das Handlungsfeld „**Vereinbarkeit von Familie und Beruf**“ mit den Schwerpunkten Chancengleichheit am Arbeitsmarkt, Betreuungsangebote unter dreijähriger Kinder und die Ganztagsbetreuungsquote im Kindergartenalter. Nach den Feststellungen von Prognos schneidet der Lahn-Dill-Kreis dieser Teilbewertung **unterdurchschnittlich** ab.

Das weitere **Handlungsfeld** bezieht sich auf die **Wohnsituation, das Wohnumfeld** u. a. die Erschwinglichkeit von Wohneigentum, Entfernung zu Mittelzentren, Freiflächen und Erholungsflächen, den Anteil von Familienwohnungen, verunglückte Kinder im Straßenverkehr, Kinderarztdichte und Kriminalitätsrate. Für dieses Handlungsfeld weist der Familienatlas eine **überdurchschnittliche Bewertung** für den Lahn-Dill-Kreis aus.

Schließlich ist das **Handlungsfeld Bildung und Ausbildung** angesprochen, also Schüler- / Lehrerrelation in allgemeinbildenden Schulen, durchschnittliche Klassengrößen in der Primar- und Sekundarstufe I, erteilte Unterrichtsstunden/Schüler und die Ausbildungsplatzdichte. Für dieses Handlungsfeld ist eine **durchschnittliche Bewertung** für den Landkreis ausgewiesen worden.

Am gravierendsten für den Landkreis fällt nach dem Prognos-Ranking das **Handlungsfeld Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche** ins Gewicht. In die Bewertung haben Eingang gefunden

- die Betreuungspersonen in der Jugendarbeit je 1.000 Jugendliche (Referenzjahr 2002)
- die Kinder- und Jugendpartizipation in Sportvereinen (Mitglieder in Sportvereinen unter 18 Jahren pro Einwohner unter 18 – Bezugsjahr 2006)
- die Anzahl der Musikschüler/-innen bis 18 Jahre pro gleichaltriger Wohnbevölkerung (Basisjahr 2005)
- die Nutzung öffentlicher Bibliotheken (Bibliotheksentleihungen in 2005 pro Einwohner)
- das Kinoangebot, also die Leinwandflächen pro 100.000 Einwohner bezogen auf das Berichtsjahr 2005.

Darüber hinaus werden Rahmenbedingungen für den Arbeitsmarkt und die demographische Entwicklung im Landkreis als unter dem Durchschnitt liegend eingestuft.

Wir werden auch in Zukunft alle Anstrengungen unternehmen, um die Bewertung bei den einzelnen Indikatoren zu verbessern.

Bericht über das Gespräch mit der Aufsichtsbehörde am 11.10.2007

Die Aufsichtsbehörde hat zur Genehmigung des Haushaltes 2007 bekanntlich eine Reihe von Erwartungshaltungen und Auflagen formuliert. Während einzelne Auflagen sicherlich erfüllt werden können (z. B. Einhaltung des Kassenkreditrahmens) passen andere Teile nicht zum doppelten Rechnungswesen oder sind objektiver Weise nicht zu erfüllen. So z. B. die Vorgabe, den Anstieg der Gesamtausgaben unter dem entsprechenden Wert der landesweiten Orientierungsdaten (1 % gegenüber dem Vorjahr) auszurichten. Bekanntlich verfügt der Kreishaushalt über eine Vielzahl von Aufwandspositionen, die nicht oder nur bedingt durch eigenes Handeln beeinflusst werden können. Zu nennen sind Energiebezugs- und Bewirtschaftungskosten, der Anstieg der Umsatzsteuer und die Entwicklung der Transferaufwendungen. Ein Verzicht auf Sanierungsaufwendungen, wie er beispielsweise aus den Standsicherheitsproblemen an den Schulen resultiert, dürfte im Übrigen nicht vertretbar sein.

Schließlich ist die Stellenplan bezogene Auflage zu nennen, die zwar in den letzten drei Jahren unter großen Belastungen für die Verwaltung erfüllt werden konnte, aber angesichts der qualitativen und quantitativen Veränderungen des Aufgabenbestandes im Jahr 2008 aller Voraussicht nach nicht eingehalten werden kann. In vielen Fällen hat der Gesetzgeber in der zurückliegenden Zeit Aufgaben auf die Kreisstufe verlagert oder die qualitativen Anforderungen gesteigert. Beispielhaft zu nennen ist die Störfallverordnung nach den sog. „Seveso-Richtlinien“, die Anforderungen im Verbraucherschutz (Stichwort „Gammelfleisch“), die zunehmende Beanspruchung der Verwaltung durch Tierseuchen oder aber die Anforderungen, die sich an die Kinder- und Jugendhilfe mit einer möglichen Gefährdung des Kindeswohls richten.

Die Verwaltungsspitze hat vor diesem Hintergrund ein Gespräch mit der Aufsichtsbehörde gesucht und ihre Einschätzungen zur Realisierbarkeit der Auflagen vermittelt. Die Aufsichtsbehörde hat deutlich gemacht, dass sie bei der Formulierung ihrer Auflagen von gewissen Annahmen ausgeht, im Regelfalle aber keine tiefer gehende Prüfung der Verhältnisse vor Ort vornimmt. Im Übrigen zieht sie sich auf die Wahrung der kommunalen Selbstverwaltung zurück.

Die Aufsichtsbehörde wird von ihren Auflagen dem Grunde nach nicht abgehen, ist aber bereit, nachvollziehbare Begründungen, warum im Einzelfalle das Erreichen der Zielvorgaben nicht möglich ist, zu akzeptieren.

Im Übrigen wurde verabredet, die aufsichtsbehördliche Praxis mit Blick auf die Stellenplanvorgaben den übrigen Landkreisen anzupassen. Die Aufsichtsbehörde hat bisher bei den Auflagen die drittfinanzierten Stellen (und dies sind weit mehr als 100 Stellen) nicht begünstigend angerechnet. In anderen Fällen ist dies geschehen. In dieser Frage wird es nochmals eine Auseinandersetzung mit der Aufsichtsbehörde geben. Je nach Ausgang dieser zunächst auf der Arbeitsebene zu führenden Gespräche wird darüber zu entscheiden sein, ob wir uns gegen diese Auflagen auf dem Verwaltungsrechtsweg zur Wehr setzen.

Darüber hinaus hat die Frage, welche Leistungen zum Kreis der freiwilligen Leistungen zählen, breiten Raum in der Diskussion eingenommen. Auch hierzu wird es nochmals den Versuch geben, mit der Aufsichtsbehörde zu einer Klarstellung zu gelangen. Sollte dies nicht erfolgversprechend verlaufen, ist auch in diesem Falle zu klären, ob weitere Schritte eingeleitet werden.

Philipp-Schubert-Schule / Erich-Girolstein-Schule

Im Zuge des Gespräches am 11. Oktober 2007 haben wir mit dem Regierungspräsidium auch Fragen des Schulbaus erörtert. Insbesondere wurden die Verhandlungsergebnisse mit der Stadt Wetzlar besprochen. Bekanntlich ist die Stadt bereit, sich im Rahmen des Gesamtkonzeptes an den Kosten eines Ersatzbaus für eine zweizügige Grundschule zu beteiligen.

In Kenntnis des vorhandenen Raumangebotes und der demographischen Entwicklung bezweifelt die Aufsicht die Notwendigkeit für einen zweizügigen Ersatzbau. Wenn aus Sicht der Stadt die Schaffung eines entsprechenden Gebäudes erwartet wird, dann ist es nach Auffassung des RP auch geboten, dass die Stadt die Betriebskosten zur Hälfte trägt. Hierüber habe ich noch am selben Tage den Oberbürgermeister und die Dezernenten der Stadt Wetzlar informiert.

Gegen einen Wiederaufbau der Erich-Girolstein-Schule werden seitens des RP keine grundsätzlichen Bedenken erhoben.

Standards in der Schülerbeförderung

Die Bedingungen der Schülerbeförderung waren in der vorangegangenen Kreistagssitzung bereits Gegenstand der Diskussion und sie sind auch auf der heutigen Tagesordnung verzeichnet. Dessen ungeachtet will ich dem Kreistag mitteilen, dass ich mit dem Vorsitzenden des Ausschusses für Bildung, Jugend und Familie verabredet habe, am 27.11.2007 im Rahmen der Fachausschusssitzung eine Anhörung zum Thema „Schülerbeförderung“ durchzuführen.

Losgelöst von der Beschlussfassung, die in der heutigen Kreistagssitzung zu diesem Thema herbeigeführt werden mag, werden die in dem Antrag der FDP-Fraktion angesprochenen Aspekte in dieser Anhörung Berücksichtigung finden.

Einführung der leistungsorientierten Bezahlung für die Tarifbeschäftigten

§ 18 des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst (TVöD) sieht vor, dass Entgeltbestandteile der Tarifbeschäftigten unter dem Gesichtspunkt der Leistungsorientierung ausgeschüttet werden.

Wir haben eine aus Vertreterinnen und Vertretern der Dienststelle und der Personalvertretung zusammengesetzte Arbeitsgruppe gebildet, die sich derzeit mit der Erarbeitung des Regelwerkes zur Durchführung der leistungsorientierten Bezahlung befasst. Nach dem Arbeitsplan der Projektgruppe kann davon ausgegangen werden, dass Anfang des kommenden Jahres die Regelungen erarbeitet sind, um auf der Grundlage von Zielvereinbarungen und dem Grad der Zielerreichung die leistungsbezogenen Entgeltbestandteile zu bemessen. Darauf basierend sind Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die Führungskräfte zu trainieren. Im Sommer 2008 sind sodann die Zielvereinbarungen zu schließen.

Nichtraucherschutz

Zum 01.10.2007 ist das Hess. Gesetz zum Schutze vor den Gefahren des Passivrauchens (Hess. Nichtraucherschutzgesetz) in Kraft getreten.

Ab diesem Zeitpunkt gilt u. a. auch für die Verwaltungsgebäude des Lahn-Dill-Kreises das vom Gesetzgeber vorgegebene generelle Rauchverbot. Dies ist gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern entsprechend kommuniziert. Ich möchte auch die Mitglieder des Kreistages und des Kreisausschusses auf diese Regelung hinweisen und darauf aufmerksam machen, dass nur außerhalb des Gebäudes geraucht werden darf.

Fortbildungsvereinbarung zwischen dem Lahn-Dill-Kreis und der LahnDill-Akademie

Zwar liegt zu dieser Thematik zur heutigen Sitzung ein Antrag vor, doch kann ich für den Kreisausschuss berichten, dass es davon unabhängig und bereits zuvor Absprachen zwischen der Kreisverwaltung und dem Eigenbetrieb Lahn-Dill-Akademie für Jugend- und Erwachsenenbildung zum Abschluss einer Fortbildungsvereinbarung gab.

Diese Regelung, der inzwischen sowohl Personalvertretung als auch die Frauenbeauftragte nach dem HGIG zugestimmt haben, wird es den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ermöglichen, im Rahmen ihrer Freizeit pro Jahr einen von dem Lahn-Dill-Kreis finanzierten Kurs zu belegen, der in einem Bezug zu dem Arbeits- bzw. Dienstverhältnis steht. Dies umfasst Kursangebote zur Stärkung der persönlichen Kompetenz sowie zur Förderung der gesundheitlichen Vorsorge.

Zusammenarbeit der mittelhessischen Sparkassen

Ich hatte die Kreisgremien in der zurückliegenden Zeit über die Verstärkung der Zusammenarbeit der Sparkassen Wetzlar und Gießen informiert. Zwischenzeitlich hat die Verbandsversammlung des Sparkassenzweckverbandes der Sparkasse Wetzlar folgenden Beschluss gefasst:

„Die Verbandsversammlung des Sparkassenzweckverbandes der Sparkasse Wetzlar befürwortet eine Fusion der Sparkassen Gießen und Wetzlar zur Sparkasse Mittelhessen. Sie beabsichtigt, sich mittelfristig unter Einbindung des Sparkassen und Giroverbandes Hessen-Thüringen mit der Verbandsversammlung des Sparkassenzweckverbandes der Sparkasse Gießen über eine Ausgestaltung der Trägerschaft für eine fusionierte Sparkasse zu verständigen.“

Zwischenzeitlich hat auch die Verbandsversammlung des Sparkassenzweckverbandes der Sparkasse Gießen einen gleichlautenden Beschluss herbeigeführt.

Über die weitere Entwicklung werde ich Sie auf dem Laufenden halten.

Erster Kreisbeigeordneter Hofmann informiert:

Einladung zum media-forum 2007

Als Vorsitzender des Beirates des Vereins media-Lahn-Dill lade ich die Damen und Herren des Kreistages und Kreisausschusses zum diesjährigen media-forum 2007 herzlich ein. Das Forum findet am

Mittwoch, 31.10.2007 um 19:00 Uhr
in der Stadthalle Dillenburg statt.

Zu dem Thema: **machmIT.info – Anders netzwerken und managen – Erfolgreiche Frauen und ihre Kommunikationskompetenz** die Referentinnen

- Anja Kohl, ARD - „Börse im Ersten“
- Prof. Dr. Babette Simon, Vizepräsidentin der Philipps-Universität Marburg
- Romana Wonneberger, Gründerin des Anti-Ärger-Instituts, Leipzig

unter der Moderation von Dr. Ina Sowaidnig (ZDF) Stellung beziehen. Interessierte Abgeordnete können sich eine „Persönliche Einladung“ beim Präsidium abholen.

Sportförderung 2008

Das Land Hessen hat im Mai 2007 für die Jahre 2007 und 2008 ein Sonder-Investitions-programm „Sportland Hessen“ zur Sportstättenanierung, Modernisierung und Erweiterung aufgelegt. Der Fördervolumen beträgt für die Jahre 2007 und 2008 je 5 Mio. Euro. Es dient ausschließlich der Sanierung, Modernisierung sowie Erweiterung vorhandener Sportstätten. Auch in diesen Fällen ist eine kommunale Co-Finanzierung erforderlich.

Um Vereine, die schon mehrere Jahre auf der Dringlichkeitsliste des Kreises und Landes stehen nicht durch das Sonderprogramm zu benachteiligen, werden wir im Entwurf des Haushalts 2008 eine Aufstockung der Sportförderung um 50.000 Euro auf 240.000 Euro vorschlagen.

Mit diesem Volumen nehmen wir im mittelhessischen Vergleich eine herausgehobene Stellung unter den Landkreisen ein.

Hohe Auszeichnung eines heimischen Unternehmens

Das Unternehmen, Isabellenhütte Dillenburg, ist am vergangenen Wochenende von der Oskar-Patzelt-Stiftung in Leipzig mit dem „Großen Preis des Mittelstandes“ ausgezeichnet worden. Für diesen Preis sind bundesweit 3011 Nominierungen eingegangen. Das Unternehmen war einer von drei Preisträgern aus Hessen. Die Nominierung erfolgte durch den Lahn-Dill-Kreis, die IHK Dillenburg-Wetzlar, die Kreishandwerkerschaft Lahn-Dill, die Stadt Wetzlar sowie die Bürgermeister der Kreisversammlung der Städte und Gemeinden im Lahn-Dill-Kreis.

Wir sind stolz, im Lahn-Dill-Kreis ein solches Unternehmen zu haben. Die Auszeichnung der Fa. Isabellenhütte war bereits die vierte erfolgreiche Nominierung von Firmen aus dem Lahn-Dill-Kreis.

Blauzungenkrankheit

Anfang August ist der Abteilung für Veterinärwesen und Verbraucherschutz des LDK der erste Blauzungenfall in diesem Jahr gemeldet worden. Seitdem hat sich die Krankheit erheblich ausgebreitet. Insgesamt sind bisher 239 landwirtschaftliche Betriebe von der Blauzungenkrankheit betroffen.

An der Krankheit verendet sind bisher 954 Tiere (davon über 900 Schafe), wobei jedes verendete Tier vor Ort durch die Fachabteilung geschätzt werden muss. Aufgrund der kühleren Witterung in den letzten zwei Wochen hat sich das Krankheitsgeschehen beruhigt. Die Halter verendeter Tiere erhalten von der Hessischen Tierseuchenkasse eine Beihilfe. Die Schätzung verendeter Tiere sowie die zeitnahe Bearbeitung der Beihilfeanträge werden von der Veterinärbehörde vordringlich behandelt.

Hauptamtlicher Kreisbeigeordneter Wegricht informiert:

Grundschule Kraftsolms/Kröffelbach

In den Gremien steht die Entscheidung zur Aufhebung dieses Schulstandortes an. Diese Entscheidung bedarf darüber hinaus der Mitwirkung der Kultusbürokratie des Landes Hessen. Es hat in der zurückliegenden Zeit Diskussionen über die Weiterverwendung der Baulichkeit gegeben. Die Gemeinde Waldsolms hat ihr Interesse an der Rückübertragung bekundet. Der Gemeinde haben wir zwischenzeitlich angeboten, bis zum Abschluss des Verfahrens (Aufhebung und Entwidmung förmliche Rückübertragung) bereits auf der Grundlage eines unentgeltlichen Pachtvertrages in die Gebäudenutzung eintreten und als Gegenleistung die Verkehrssicherung zu übernehmen.

Wir sind interessiert daran, diese Frage im Einvernehmen mit der Gemeinde zu regeln. So sich keine weiteren Nutzungsmöglichkeiten aus Sicht der Gemeinde ergeben und die Rückübertragung letztendlich nicht gewünscht wird, streben wir zu gegebener Zeit den Abbruch des Gebäudes an.

Ehrenamtlicher Kreisbeigeordneter Kaufmann-Ohl informiert:

Behindertenbeirat des Lahn-Dill-Kreises hat erstmals getagt

Am 13. September trat der neu berufene Behindertenbeirat zum ersten Mal zusammen. Die Vertreterinnen und Vertreter aus Vereinen und Verbänden, die sich für die Belange von Menschen mit Behinderungen einsetzen, wollen sich 3 bis 4 Mal pro Jahr treffen und jeweils ein Schwerpunktthema behandeln. So ist geplant, für die nächste Sitzung – am 06. Dezember 07– Beteiligte eines Modellprojektes zum Persönlichen Budget aus dem Landkreis Marburg-Biedenkopf einzuladen.

„Miteinander leben – miteinander reden“ - Veranstaltung des lokalen Bündnisses für Familie

Am Donnerstag, den 20.09.2007, lud der im lokalen Bündnis aktive Arbeitskreis „Miteinander der Generationen“ zu einer gut besuchten Nachmittagsveranstaltung in den Kreistagssitzungssaal nach Wetzlar ein. Die Veranstaltung wurde nach einer Begrüßung durch Landrat Schuster, Sozialdezernenten Kaufmann-Ohl und einen Vertreter der Industrie- und Handelskammern Dillenburg und Wetzlar mit einem Referat von Roland Jaeckle, Dekan des ev. Dekanats Dillenburg, eröffnet.

Im Anschluss konnten rund 20 Initiativen, die generationenübergreifende Projekte repräsentieren, aus ihrer Praxis berichten und wertvolle Anregungen vermitteln. Die ehrenamtlichen Patenprojekte finden sich in einer interaktiven „Landkarte“ auf der Homepage des Lahn-Dill-Kreises (unter „Bündnis für Familien“).

Erfolgreiche Kreispflegekonferenz am 05.10.2007

Pflegegeld, Pflegequalität, Pflegebericht, Pflegeheime... die Themen der Pflege sind derzeit in aller Munde. Der Lahn-Dill-Kreis nahm sich der Themen an und organisierte gemeinsam mit der Stadt Wetzlar, der Liga der freien Wohlfahrtspflege, der Rehbergparkklinik sowie den ambulanten Pflegediensten eine Kreispflegekonferenz, die sich thematisch auf die facettenreiche ehrenamtliche sowie professionelle Pflege bezog.

Rund 170 Teilnehmerinnen und Teilnehmer bearbeiteten am Vormittag aktuelle Fachthemen in fünf Workshops und konnten am Nachmittag interessanten Impulsreferaten von Prof. Dr. Hengsbach SJ sowie Prof. Dr. Dr. Dörner folgen, die das Spannungsfeld der „Pflege zwischen Ehrenamt und Sozialstaatsverantwortung“ beleuchteten. Eine von Ulrike Holler (ehemals Hessischer Rundfunk) sehr professionell moderierte Podiumsdiskussion vermittelte interessante Anregungen für die weitere Entwicklung im Lahn-Dill-Kreis.